



**GROUPEMENT D'ÉTUDES ET DE RECHERCHES
NOTRE EUROPE**

"EINE ERWEITERUNG DER ANDEREN ART" ...

**Eine Betrachtung der Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen
Beitrittsländer**

Franciszek DRAUS

*Studien und Forschungen Nr. 11
November 2000*

DIESE STUDIE IST AUF ENGLISCH, FRANZÖSISCH UND DEUTSCH ERHÄTLICH

© Notre Europe, November 2000

Franciszek DRAUS

Politologe und Historiker auf dem Gebiet der politischen Ideen. Er ist polnischer Herkunft, hat aber seine intellektuelle Bildung in Frankreich erworben. Seine Doktorstudien absolvierte er im Umfeld von Raymond Aron an der Hochschule für Sozialwissenschaften (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales) in Paris. In den Achtzigerjahren hat Franciszek Draus in Deutschland und in Frankreich politische Soziologie und Geschichte des politischen Liberalismus gelehrt. Er führt seit mehreren Jahren Forschungen über die Europäische Integration und über die politischen Institutionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern durch. Kürzlich hat er in Brüssel eine Studie über *Die Arbeitgeberorganisationen in den mittel- und osteuropäischen Ländern* veröffentlicht. Seine jüngsten Arbeiten über den Sozialen Dialog sowie seine aktuellen Untersuchungen zur Zivilgesellschaft in Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn werden im Frühjahr 2001 veröffentlicht. Er publiziert auch Werke in polnischer Sprache: *Die Verfassungsordnung in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn* (1997); *Das europäische politische System* (1998); *Die europäische Integration und die Politik* (1999).

Notre Europe

Notre Europe ist eine unabhängige Studien- und Forschungseinrichtung mit der Zielsetzung, Europa, seine Vergangenheit, seine Zivilisationen, seinen Weg zur Einheit und seine Zukunftsperspektiven zu untersuchen. Die Einrichtung wurde im Herbst 1996 von Jacques Delors gegründet. Sie besteht aus einer Gruppe von 7 Forschungsbeauftragten unterschiedlicher Nationalität, die unter der Leitung von Jean Nestor, arbeitet.

Notre Europe nimmt auf zwei Arten an der öffentlichen Debatte teil: durch die Veröffentlichung von intern erstellten Studien sowie durch die Zusammenarbeit mit externen Forschern und Intellektuellen. Das Ziel ist es, einen Beitrag zur Reflexion über die grossen und kleineren Fragen der europäischen Integration zu leisten. Die veröffentlichten Dokumente wenden sich an Entscheidungsträger, Politiker, Vertreter der Arbeitswelt, Akademiker und Diplomaten in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Notre Europe veranstaltet außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Presseorganen thematische Treffen und Seminare. Entsprechend seinen Statuten versammelt « Notre Europe » mindestens dreimal im Jahr das “Comité Européen d’Orientation”, eine Gruppe von Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und mit jeweils unterschiedlichem politischen und beruflichen Hintergrund.

GELEITWORT

Ich habe - meines Erachtens viel zu häufig - Gelegenheit, mit Befremden festzustellen, dass in der europäischen öffentlichen Debatte sehr wenig über die jetzt anstehende Erweiterung gesprochen wird. Oder anders ausgedrückt, die Diskussion unter dieser vielversprechenden Themenstellung driftet sehr schnell ab zur Frage der Institutionen einer erweiterten Union, was ganz und gar nicht das gleiche Thema ist.

Und dennoch verbreitet sich die Einsicht, dass diese Erweiterung in keiner Weise den vorherigen Erweiterungen ähnlich ist. Sie wirft Probleme einer Art und in einer Größenordnung auf, für die die Europäische Union (EU) in ihrer kurzen Geschichte keine Referenzen findet. Es wäre jedoch gefährlich, die Verbreitung dieser Einsicht zuzulassen, ohne sie zu vertiefen, denn dadurch könnten allerlei Fantasmen und Ängste genährt werden. Es könnte weiterhin zu dem führen, was ich bisweilen als „Schizophrenie“ bezeichnet habe, nämlich zu einem Kontrast zwischen einer immer wieder bekräftigten politischen Notwendigkeit – die jedoch ohne Folgen bleibt – und einem rein technischen Verhandlungsmandat, das der Kommission übertragen wurde, und welches die Gefahr birgt, lediglich ein entmutigendes Inventar der noch zu überwindenden Schwierigkeiten hervorzubringen.

Franciszek Draus hat sich auf Wunsch von „Notre Europe“ bereit erklärt zu versuchen, diese nicht oder nur wenig artikulierten Aspekte der Erweiterung darzustellen und die sozioökonomischen, institutionellen und politischen Besonderheiten der mittel- und osteuropäischen Bewerberländer zu präzisieren. Diese Arbeit zeigt uns, dass - jenseits von statistischem Zahlenmaterial, das in diesem Zusammenhang oft irreführend ist, weil es sich auf wenig vergleichbare Wirklichkeiten bezieht - die wahre Herausforderung, die die Osterweiterung mit sich bringt, in der Integration von in Transformation und Rekonstruktion befindlichen Gesellschaften (und nicht nur Wirtschaften) in ein homogenes Ganzes besteht.

Dieses Ergebnis mag stören, doch es stimmt mit dem anvisierten Ziel überein. Gewiss, durch die Akzentuierung der Neuartigkeit der Probleme, die zu bewältigen sind, könnte dem vorliegenden Bericht vorgeworfen werden, die Sachen noch komplizierter zu machen als sie ohnehin schon sind. Ich bin allerdings der Auffassung, dass es nützlich und notwendig ist, zu versuchen, der Realität ins Auge zu sehen. Alle diejenigen, die - wie ich - für eine rasche Erweiterung auf politischer Ebene plädieren, wissen, dass man sein Ziel viel besser erreichen kann, wenn man die richtigen Fragen gestellt hat und den Willen hat, eine Antwort auf sie zu finden. Will man eine schnelle Erweiterung, dann bedeutet dies in einem demokratischen Europa, dass man die Öffnung der öffentlichen Debatte hin zu allen ihren Konsequenzen - den positiven wie den negativen - akzeptiert. Dies bedeutet auch, jene sozioökonomischen und politischen Unterschiede in Betracht zu ziehen, die nicht zwangsläufig mit der Zeit verschwinden werden und die eher als Bereicherung für die europäische Konstruktion gesehen werden sollen.

Der Verfasser unterbreitet uns zum Abschluss Vorschläge, die uns auf die grundsätzliche Frage zurückwerfen, die ich selbst zu stellen versuchte: Wie können wir auf eine operationelle Weise zwei Dinge vereinbaren, nämlich die politische Dringlichkeit der Erweiterung einerseits, und die Zeit andererseits, die erforderlich ist, um die vor uns liegenden beträchtlichen Konvergenzprobleme zu lösen? Wir sollten unsere politische Vorstellungskraft unverzüglich entfalten, und zwar so, dass sie uns in die Lage versetzt, dieses Dilemma zu bewältigen.

Jacques Delors

INHALTSVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG	1
KAPITEL I – DIE SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DER MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN LÄNDER	6
I.1. - Der wirtschaftliche Abstand	6
I.2. - Die Besonderheiten des postkommunistischen Kapitalismus	9
KAPITEL II – DIE INSTITUTIONELLE KULTUR DER MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN LÄNDER	14
II.2. - Die Besonderheit des Transformationsprozesses	14
II.2. - Die Verfassungsordnung	17
II.3. - Der institutionelle Rahmen des politischen Lebens	17
II.4. - Der institutionelle Rahmen des Wirtschaftslebens	19
II.5. - Die Bürger und die Zivilgesellschaft	22
KAPITEL III – DIE POLITISCHEN INTERESSEN DER MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN LÄNDER	24
III.1.- Polen und die künftige Ostgrenze der Europäischen Union	24
III.2.- Die Erweiterung und die Souveränitätsfrage	26
KAPITEL IV – DIE BEITRITTS-DOKTRIN DER MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN LÄNDER	28
IV.1. - Die Wahrnehmung der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Ländern	28
IV.2. - Warum der Europäischen Union beitreten ?	28
IV.3. - Welcher Europäischen Union beitreten ?	29
IV.4. - Die Erweiterungsmethode aus der Sicht der mittel- und osteuropäischen Länder	32
IV.5. - Fragen und Widersprüche	33
KAPITEL V – DIE BEITRITTSPOLITIK DER MITTEL- UND OSTEuropÄISCHEN LÄNDER	36
V.1- Die Informationspolitik	37
V.2- Die Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure an der Beitritts politik	38
V.3- Die Bürger der mittel-und osteuropäischen Länder und die Erweiterung der Europäischen Union	39
SCHLUSS	42
ANMERKUNGEN	44

EINFÜHRUNG

Bei der Osterweiterung der Europäischen Union – um die ehemaligen kommunistischen Staaten – handelt es sich um einen besonderen Prozess. Er unterscheidet sich nicht nur stark von den vorangegangenen Erweiterungen, sondern er geht auch weit über sie hinaus, was die politische, wirtschaftliche und soziale Dimension und die allgemeine historische Bedeutung anbelangt. Der Unterschied ist in diesem Fall gleichzeitig quantitativ und qualitativ.

Worin besteht konkret die Besonderheit dieser Erweiterung?

Sie ergibt sich zunächst aus der Zahl der Bewerberländer. Dies ist ein objektiver Faktor, der dieser Erweiterung eine neue Dimension verleiht und der von der Union eine bedeutende Neuorganisation der Funktionsweise ihrer Institutionen abverlangt. Weiterhin ist sie mit einer Reihe von Merkmalen verbunden, die sich aus der objektiven historischen Situation der Bewerberländer ergeben. Es handelt sich beispielsweise um das Niveau ihrer sozioökonomischen Entwicklung, das – insgesamt betrachtet – kaum die Hälfte des Gemeinschaftsdurchschnitts erreicht, oder um einige Charakteristika ihrer institutionellen Kultur, bei der sich ein beträchtlicher politischer Rückstand zeigt.

Die Besonderheit der Osterweiterung der Europäischen Union lässt sich gleichfalls auf einige Faktoren subjektiven Ursprungs zurückführen, die die Politik der mittel- und osteuropäischen Länder heute bestimmen und auch in absehbarer Zukunft wahrscheinlich bestimmen werden. Beispielsweise haben einige unter ihnen Interessen und politische Ambitionen, die nicht ganz der allgemeinen Richtung der Politik der Europäischen Union im Bereich der Grenzüberwachung und der Zuwanderung entsprechen. Die Visionen eines erweiterten Europas, die die Bewerberländer artikulieren, zeigen auch Empfindlichkeiten auf, die nicht völlig mit den Visionen der europäischen Integration übereinstimmen, die zurzeit von den wichtigsten Mitgliedstaaten der Union vertreten und diskutiert werden. Schließlich betrifft die Erweiterung Länder, die gerade ihre nationale Souveränität wiedererlangt haben, oder die sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte erhalten haben. Das eher dogmatische oder teilweise quasi mystische Verhältnis dieser Länder zur Souveränität führt dazu, dass sie wenig geneigt sind, in einem internationalen institutionellen Rahmen zu handeln, der den Begriff der nationalen Souveränität selber relativiert. Die Unterschiede, die wir gerade aufgezeigt haben und die wir im Einzelnen zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Essay diskutieren werden, sind reale historische Kräfte oder Tatsachen. Es sind Faktoren, die die Politik der mittel- und osteuropäischen Staaten grundsätzlich prägen.

Man könnte die Hypothese aufstellen, dass die Unterschiede objektiver Art – wie der Abstand in der sozioökonomischen Entwicklung oder die kulturellen und institutionellen Besonderheiten – sich mit dem Wachstum der Wirtschaft und der Konsolidierung des demokratischen Bewußtseins und der demokratischen Institutionen allmählich verringern werden. Doch es wird sich dabei zweifellos um langwierige und sicherlich komplexe Entwicklungen handeln. Allerdings sind es die Unterschiede oder die Faktoren subjektiver Natur, die wahrscheinlich stärker und länger auf der Politik dieser Länder lasten werden und folglich auch auf der Politik der erweiterten Union. Die Interessen, Ambitionen und Empfindlichkeiten, die einige Bewerberländer gegenüber ihren Partnern und unmittelbaren

oder entfernteren Nachbarn zeigen, sind keineswegs nur Ausdruck der heutigen politischen oder geo-politischen Konjunktur. Sie entsprechen vielmehr ihrer Staatsräson und hängen mit der historischen Identität dieser Länder zusammen.

Die Besonderheit der Osterweiterung der Europäischen Union hat ihren Ursprung allerdings nicht allein in den spezifischen Gegebenheiten und Unwägbarkeiten, die diese Länder charakterisieren. Sie hängt auch mit der Situation der Europäischen Union selber zusammen. Die Union hat beim gegenwärtigen Stand ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Integration gleichfalls viele Besonderheiten und Ungewissheiten vorzuweisen. Es gibt keine Europäische Union, die vollendet, institutionell konsolidiert und politisch selbstbewusst ist und die nur ein Problem zu lösen hätte, nämlich sich nach Osteuropa hin zu erweitern. Die Integration des westlichen Teils unseres Kontinents ist weit davon entfernt, beendet zu sein. Die Europäische Union bleibt weiterhin mehr ein Projekt als eine Realität. Sicherlich hat sie in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte im Bereich der Wirtschaftsintegration erzielt. Doch die wirkliche Integration auf politischer Ebene und die institutionelle Bestätigung der europäischen Identität in der Außen- und Sicherheitspolitik bleiben weiterhin offen. Auch hier handelt es sich keineswegs um eine besondere Lage der Dinge oder um eine zeitlich begrenzte Ausnahmesituation, sondern ganz einfach um die politische Logik der europäischen Integration. Das Postulat der Schaffung einer immer stärker werdenden Union zwischen den europäischen Staaten und Völkern impliziert eine ständige Aktivität, eine ununterbrochene Dynamik und eine unermüdliche Suche nach Institutionen und politischen Lösungen. Jede Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und später der Europäischen Union hat von den Bewerberländern gefordert, dass sie auf den Zug der Integration aufspringen – ohne sich selbst die Beine zu brechen und ohne ihn zur Entgleisung zu bringen. Heute ist das Tempo der Integration besonders hoch, während die „physische Kondition“ mehrerer Bewerberländer besonders schwach ist.

Die Osterweiterung der Europäischen Union ist auch aus anderen Gründen ein besonderer Prozess. Unabhängig von den oben genannten objektiven und subjektiven Faktoren sind es die Länder selber – besonders Polen, Ungarn und die Tschechische Republik, die ihren Beitritt zur Europäischen Union als ein außergewöhnliches historisches Ereignis betrachten.

Bei den vorangegangenen Erweiterungen gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Europäischen Gemeinschaften oder der Europäischen Union einerseits und den Bewerberländern andererseits, was die Wahrnehmung und die Auslegung der Erweiterung oder des Beitritts anbelangte. Es handelte sich schlicht darum, den Geltungsbereich des Gemeinschaftsrechts und die Anwendung der gemeinschaftlichen Politiken auszuweiten. Es verstand sich von selbst, dass diese rechtspolitische Erweiterung einen Beitrag zur Schaffung einer engeren Union zwischen den Staaten und Völkern leistete, so wie es durch die Gründungsverträge vorgesehen war. Im vorliegenden Fall gestalten sich jedoch die Dinge komplizierter. Die Union betrachtet diese Erweiterung grundsätzlich genauso wie die vorangegangenen. Auch heute wird die Erweiterung des gemeinschaftlichen Raumes als Schaffung von besseren Bedingungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie von zusätzlichen Garantien für die Demokratie und die politische Stabilität verstanden. Diese Aspekte sind auch in der Wahrnehmung der heutigen Erweiterung durch die Beitrittskandidaten vorhanden. Aber für die mittel- und osteuropäischen Länder liegt das Wesentliche dieses Prozesses woanders: Sie betrachten ihren Beitritt zur Europäischen Union

auf eine besondere Weise und geben ihm auch eine besondere historische Bedeutung: Länder wie Polen, Ungarn oder die Tschechische Republik betrachten ihren Beitritt zur Europäischen Union als ein moralisches und historisches Recht, als einen Akt der historischen Gerechtigkeit oder als eine Wiedergutmachung für 50 Jahre Leiden unter dem kommunistischen System (1). Sie verstehen die Erweiterung als Tilgung einer historischen Schuld, die der Westen ihnen gegenüber auf sich geladen habe, indem er die Sowjetisierung Mittel- und Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zuließ. *„Es waren die westlichen Mächte, die die Wahl getroffen hatten, eine Hälfte Europas dem sowjetischen Einfluss zu überlassen. Der Westen trägt einen Teil der moralischen Verantwortung für diese Situation. (...) Die Teilung Europas wurde anschließend (besonders auf wirtschaftlichem Gebiet) bestätigt und verstärkt dadurch, dass die Satellitenstaaten Mitteleuropas auf Druck der Sowjetunion den Marshallplan ablehnen mussten. (...) Dadurch sind die Länder Westeuropas abermals in gewisser Weise gegenüber den Ländern schuldig geworden, die sich auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs befanden“* (2). Polen beansprucht für sich darüber hinaus, eine entscheidende Rolle bei dem Zusammenbruch des Kommunismus gespielt zu haben. *„Wir haben es aus eigener Kraft geschafft, die totalitäre Bedrohung, die auf der gesamten Welt – und besonders auf Europa – lastete, abzuwenden. Indem wir die Welt von dieser Angst befreit haben, haben wir nicht dadurch ein gewisses Recht auf Solidarität erworben?“* (3).

Für die mittel- und osteuropäischen Länder bedeutet die Erweiterung einen wichtigen und notwendigen Schritt, der Teil der Vereinigung oder Wiedervereinigung Europas ist. Diese Länder messen diesem Prozess eine historische und spirituelle Dimension zu, die weit über den gemeinschaftlichen Besitzstand hinausgeht und auch über alles, was dieser Besitzstand zu implizieren vermag. Sie setzen diesen Prozess mit einem historischen Umbau gleich, der den Osten und den Westen Europas gleichermaßen betrifft. *„Es muss sich von nun an etwas ändern in der Art Europäer zu sein, in der Weise Europa zu denken und zu machen.“* (4).

In dieser Wahrnehmung wird schließlich der gemeinschaftliche Besitzstand relativiert, ebenso wie die Erweiterungsmethode, die darin besteht, die Integrationsfähigkeit der Bewerberländer danach zu bewerten, wie viele Gesetze dem Gemeinschaftsrecht angepasst oder wie viele Institutionen im Hinblick auf die Durchführung gemeinschaftlicher Politiken verändert wurden. Laut B. Geremek erfordert die Erweiterung der Union *„nicht nur Zahlen und objektive Kriterien, sondern Großzügigkeit und Enthusiasmus“*. V. Havel teilt diese Erweiterungsphilosophie vollständig, wenn er schreibt: *„Ich meine, dass die politischen Eliten partikuläre Interessen der einmaligen historischen Dimension der Wiedervereinigung Europas unterordnen sollten. Es scheint mir gefährlich zu sein, dass man aufgrund der technischen Aspekte der Verhandlungen – die die Verwaltung, die Industrie, die Landwirtschaft betreffen ... – die historische Bedeutung, die Daseinsberechtigung der Wiedervereinigung vergisst“* (5).

Aus dieser Sicht erscheint also die Erweiterung als moralisch und historisch unabdingbar. Der Fall des Kommunismus hat Europa *„die Chance“* geboten, *„endlich eine wahrhaft gerechte Ordnung zu schaffen“* (V. Havel). Das Bewusstsein dieser einzigartigen Chance sollte die europäische Politik dominieren und den Erweiterungsprozess leiten. Es sollte zu einer Öffnung und zu einem besonderen Vertrauen führen. Die Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Länder ist eigentlich *„ein großes Abenteuer unserer Zivilisation... Indem wir daran teilnehmen, müssen wir realistisch und genau sein, dabei aber auch den Wunsch nach Veränderung verspüren, auch fähig sein, die Zeichen der Zeit zu lesen und sich von der Kraft unserer Vision leiten zu lassen“* (6).

Es scheint also ein völlig gerechtfertigter Ansatz zu sein, das Augenmerk auf die Besonderheit der Osterweiterung der Europäischen Union zu richten. Es ist notwendig, sowohl die objektive Wirklichkeit als auch die subjektiven Faktoren, die diesen Prozess bedingen, klar zu erfassen. Wir werden dies tun, indem wir fünf Themenbereiche untersuchen, die die objektiven und subjektiven Faktoren abdecken, welche die Politik der mittel- und osteuropäischen Länder im Bereich der europäischen Integration beeinflussen. Im ersten Kapitel werden wir uns für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung interessieren. Im zweiten werden wir uns mit der institutionellen Entwicklung dieser Länder befassen. Unsere Absicht wird sein, eine Reihe struktureller oder funktionaler Unterschiede aufzuzeigen und sie in einer Weise zu betrachten, die die Entstehung von spezifischen institutionellen Systemen andeutet. Unsere Überlegungen über die Besonderheiten der Wirtschaftskultur und der institutionellen Kultur in den mittel- und osteuropäischen Ländern werden sich allerdings auf die Aspekte beschränken, die für das Verständnis des Erweiterungsprozesses der EU wichtig sind. Im dritten und vierten Kapitel werden wir einige subjektive politische Faktoren berücksichtigen (Interessen, Ambitionen, Empfindlichkeiten), die die strategischen Konzeptionen und die diplomatischen Visionen der mittel- und osteuropäischen Länder heute bestimmen und wahrscheinlich auch in naher Zukunft bestimmen werden. Wir werden beispielsweise die Problematik der Sonderinteressen Polens hinsichtlich der Regionen, die sich östlich seiner Ostgrenze befinden, anschneiden, ebenso wie die Frage der Souveränität im Zusammenhang mit dem Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union. Unter der Bezeichnung „Beitrittsdoktrin“ werden wir anschließend die Wahrnehmung der europäischen Integration und die Motive des Beitritts behandeln. Dazu gehören auch die Visionen einer erweiterten Union, die die mittel- und osteuropäischen Staaten gelegentlich artikulieren. Im letzten Kapitel werden wir schließlich Überlegungen anstellen, die solche Bereiche betreffen wie die Informationspolitik über die EU und den Beitritt in diesen Ländern, die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure an der Beitrittspolitik und die Haltung der Bürger hinsichtlich der Erweiterung. Wir werden abschließend einige politischen Vorschläge machen, die dazu beitragen könnten, dass die Osterweiterung der Europäischen Union zu einem Erfolg sowohl für die Bewerberländer als auch für die fünfzehn aktuellen Mitgliedstaaten wird.

Unser letztendliches Ziel ist es, eine vertiefte Reflexion über die Methode der Erweiterung anzuregen. Die Frage nach der Erweiterungsmethode ist schon aus dem Grund wichtig, weil diese Erweiterung – von allen Seiten betrachtet – als besonderer Prozess erscheint. Trägt die von der Europäischen Union für die Osterweiterung angewandte Methode den objektiven und subjektiven Merkmalen, die die Mehrheit der Bewerberländer auszeichnen, hinreichend Rechnung? Berücksichtigt die Beitrittspolitik der Bewerberländer die politischen, ökonomischen und sozialen Besonderheiten der historischen Situation, die ihnen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eigen ist, und die gegenwärtige Situation der Union selber?

In der Philosophie und der Politik gibt es keine unnützen Fragen. Fragen bedeutet immer hinterfragen und zweifeln. Nicht, um zu stören oder zu entmutigen, sondern im Gegenteil: um zu sensibilisieren und zu ermutigen. Denn der Zweifel ist nicht das Ende, sondern eine Voraussetzung für den Fortschritt des Wissens. Somit ist er auch die Bedingung für intelligentes Handeln.

KAPITEL I – DIE SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER

Die Osterweiterung der Europäischen Union betrifft die Länder, deren gegenwärtige sozioökonomische Strukturen und deren allgemeines Niveau der gesellschaftlichen Entwicklung sich in vielerlei Hinsicht von den Strukturen und sozioökonomischen Praktiken der westeuropäischen Länder unterscheiden. Teilweise handelt es sich nur um einige mit der Transformationspolitik verbundene und eher konjunkturelle Differenzen. Teilweise handelt es sich aber auch um Unterschiede, die auf die Entstehung eines spezifischen sozioökonomischen Systems hindeuten. In beiden Fällen bilden diese Unterschiede jedoch Variablen, die für die Erweiterung der EU eine besondere Bedeutung besitzen.

1.1. Der wirtschaftliche Abstand

Welches sind also die sozioökonomischen Unterschiede, die die mittel- und osteuropäischen Länder charakterisieren? Welches sind die sozioökonomischen Tendenzen, die zur Annäherung dieser Länder an die Europäische Union führen? Derartige Unterschiede und Entwicklungen sind zahlreich und sie zeigen sich in vielen Bereichen. Sie betreffen die Wirtschaftsstrukturen, den wirtschaftlichen Entwicklungsstand, das Niveau und die Qualität der sozialen Entwicklung. Sie werden in den folgenden Tabellen deutlich.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (unter Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten) im Verhältnis zum Gemeinschaftsdurchschnitt (EU=100)

	1995	1996	1997	1998	1999
Bulgarien	27	25	23	22	22
Tschechische Republik	60	65	64	60	59
Estland	31	33	37	37	36
Ungarn	45	47	48	49	51
Lettland	24	25	27	28	27
Litauen	27	29	30	31	29
Polen	31	34	35	36	37
Rumänien	32	33	31	28	27
Slowakische Republik	40	44	46	47	47
Slowenien	62	66	68	69	71

Quelle: EUROSTAT, in: Uniting Europe, NR. 111, 7.08.2000

Arbeitslosenquote:

	1996	1997	1998	1999 (Jan.Juni)
EU (Durchschnitt)	10,8	10,6	10,0	9,1
Deutschland	8,9	9,9	9,4	8,8
Frankreich	12,4	12,3	11,7	11,1
Bulgarien	13,5	13,7	12,2	14,1
Tschechische Republik	3,8	4,5	5,9	8,5
Estland	9,6	9,4	9,6	11,7
Ungarn	9,9	9,2	8,0	6,9
Lettland	22,2	15,9	14,7	14,0
Litauen		14,1	14,0	13,0
Polen	12,4	11,3	10,2	12,5
Rumänien	5,9	5,5	5,6	6,2
Slowakische Republik	11,2	11,4	12,1	15,8
Slowenien	7,3	7,1	7,7	7,4

Quelle: EUROSTAT, in: Europäische Kommission (Hrsg.), Die Beschäftigung und der Arbeitsmarkt in den MOEL, Januar/2000; Europäische Kommission (Hrsg.), Beschäftigung in Europa 1999

Beschäftigungsstruktur nach Sektoren (in % im Verhältnis zur aktiven Bevölkerung)

	1990			1998		
	Industrie	Dienstleistungen	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	Landwirtschaft
EU (Durchschnitt)	33,2	60,2	6,7	29,5	65,7	4,8
Deutschland	40,1	56,2	3,7	34,4	62,8	2,8
Frankreich	30,4	63,2	6,4	26,4	69,2	4,4
Bulgarien	36,6	36,7	18,5	26,4	43,5	25,7
Tschechische Republik	37,8	42,9	11,8	32,8	53,6	5,4
Ungarn	29,7*	53,7*	11,3*	28,0	58,3	7,5
Polen	25,8*	41,4*	25,8*	23,4	45,1	25,7
Rumänien	37,9	27,6	29,0	27,2	30,4	37,5
Slowakische Republik	32,9	43,3	12,6	28,2	56,6	7,8
Slowenien	43,2	42,1	8,2	34,5	51,7	6,7

Quelle: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Beschäftigung und soziale Situation in den MOEL, September 2000 (Bericht Belabed); die mit einem Sternchen versehenen Zahlen stammen aus dem Jahr 1992; Europäische Kommission (Hrsg.), Beschäftigung in Europa, 1999

Anteil der Wirtschaftssektoren am Bruttoinlandsprodukt (in %):

	Industrie(ohne Bau)	Dienstleistungen	Landwirtschaft
EU (Durchschnitt)	20,7	67,4	1,6
Deutschland	23,4	67,2	1,2
Frankreich	19,0	70,1	1,8
Polen	27,9	58,7	4,8
Tschechische Republik	34,3	53,7	4,5
Ungarn	28,1	61,4	5,9
Slowakische Republik	28,1	62,1	4,6
Slowenien	32,0	58,3	3,9

Quelle: Zusammenstellung auf der Grundlage von Daten der Jahresberichte der Europäischen Kommission über die Bewerberländer, November 1999

Inflationsrate (%):

	1995	1996	1997	1998
Deutschland	1,7	1,4	1,9	0,9
Frankreich	1,8	2,0	1,2	0,8
Bulgarien	62,1	123	1082	22,3
Tschechische Republik	9,1	8,8	8,5	10,7
Estland	29,0	23,1	11,2	8,2
Ungarn	28,2	23,6	18,3	14,3
Lettland	25,0	17,6	8,4	4,7
Litauen	39,6	24,6	8,9	4,6
Polen	27,8	19,9	14,9	11,8
Rumänien	32,3	38,8	154,8	59,1
Slowakische Republik	9,9	5,8	6,1	6,7
Slowenien	13,5	9,9	8,3	7,9

Quelle: EUROSTAT, in: Europäische Kommission (Hrsg.), Beschäftigung und Arbeitsmärkte in den MOEL, Juli 1999; EUROSTAT

Seit dem Beginn der postkommunistischen Umgestaltung ist es zur Gewohnheit geworden, die Wirtschaftssysteme Mittel- und Osteuropas allein nach makroökonomischen Kriterien zu beurteilen, wie das Volumen des Bruttoinlandsprodukts, die Wachstumsrate der Wirtschaft, der Anteil der drei klassischen Sektoren (Industrie, Dienstleistungen, Landwirtschaft) am Bruttoinlandsprodukt und an der Beschäftigungsstruktur usw. Sicherlich ist diese Sichtweise über die Entwicklung dieser Länder wichtig und politisch nützlich. Doch sie ist in gewisser Weise einseitig. Sie vernachlässigt bestimmte soziologische Aspekte, die gleichfalls für das angemessene Verständnis der postkommunistischen Länder von Bedeutung sind. Die Ökonomen – die sich von Berufs wegen auf das konzentrieren, was quantifizierbar und analytisch in Zahlen umsetzbar ist, liefern regelmäßig Berichte, die uns vermitteln, dass sich der Abstand zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der Europäischen Union in bestimmten Bereichen verkleinert, während er in anderen weiterbesteht. Eine derartige rein

makroökonomische Betrachtung führt in der Regel zu einer zunehmend optimistischen Einschätzung der sozioökonomischen Situation in diesen Ländern. Die Soziologen hingegen vermitteln uns ein Bild, das von dem der Ökonomen in vielerlei Hinsicht abweicht. Ohne die Wirtschaftsstatistiken in Frage zu stellen, deuten sie jedoch die Entstehung eines besonderen Kapitalismus in den mittel- und osteuropäischen Ländern an (7). Sie zeigen die Existenz zahlreicher sozioökonomischer Besonderheiten und vor allem eine wesentliche Schwäche der gesellschaftlichen Grundlagen der Wirtschaft auf. Sie sehen diese Besonderheiten und Schwächen nicht unbedingt als Hindernisse für das Wirtschaftswachstum oder für den sozialen Fortschritt an, oder als Hindernisse für den Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union. Sie sehen darin vor allem konstitutive Elemente eines besonderen Modernisierungsweges, der allerdings für die erweiterte Europäische Union eine wichtige Herausforderung bedeuten wird.

1.2. Die Besonderheiten des postkommunistischen Kapitalismus

Die sozioökonomischen Systeme der mittel- und osteuropäischen Länder charakterisieren sich aus soziologischer Sicht zuerst durch einige bedeutende Dualismen. Ein erster Dualismus betrifft die Staatsunternehmen und teilweise auch die privatisierten Unternehmen einerseits, und die privaten Unternehmen andererseits. Er zeigt sich vor allem im Bereich der Führungsstrategien und der Arbeitsbeziehungen. Die Staatsunternehmen und die privatisierten Unternehmen, die immer noch völlig oder teilweise vom Staat kontrolliert werden, orientieren oft ihre Wirtschaftsstrategien an den Staatssubventionen oder an präferenziellen Steuererleichterungen. Ihre Wirtschaftsstrategien sind eher defensiv. Diese Unternehmen zeichnen sich durch eine relativ starke Präsenz der Gewerkschaften aus. Sie respektieren in der Regel das Sozialrecht. Sie treten den Arbeitgeberorganisationen bei und stehen der Entwicklung des Sozialen Dialogs eher positiv gegenüber. Die wirklich privaten Unternehmen – basierend auf dem Eigenkapital der individuellen Unternehmer – sind demgegenüber auf der Ebene der Wirtschaftsstrategien zwar dynamisch und flexibel, aber sie funktionieren in der Regel nach kurzfristigen wirtschaftlichen Ansätzen. Sie suchen den unmittelbaren und schnellen Gewinn. Die produktiven Investitionen gehören nicht immer zu ihren strategischen Prioritäten. Die privaten Unternehmen praktizieren häufig Führungsmethoden, die nicht der sozialen Gesetzgebung entsprechen. Sie beherrschen den Dienstleistungssektor, vor allem den Handel und die industrielle und handwerkliche Kleinproduktion. Die privaten Arbeitgeber des Postkommunismus versuchen oft mit Erfolg, ihre Angestellten davon abzuhalten, Gewerkschaften in ihren Betrieben zu gründen. Sie sind hinsichtlich der Arbeitgeberorganisationen eher skeptisch. Der soziale Dialog interessiert sie generell nicht (8).

Ein weiterer Dualismus besteht zwischen den ausländischen Unternehmen oder denen, die durch ausländisches Kapital gehalten werden einerseits, und den privatisierten oder privaten Unternehmen, die sich ausschließlich auf nationales Kapital gründen andererseits. Erstere streben in der Regel danach, die Wirtschaftskultur ihrer Stammunternehmen einzuführen. Sie erkennen die Gewerkschaften an und achten darauf, dass die Arbeitsbeziehungen korrekt geregelt sind. Sie investieren viel in die Fortbildung der Führungskräfte. Im Vergleich zu den Unternehmen, deren Kapital rein national ist, bieten sie höhere Gehälter an und weisen eine viel höhere Produktivität auf (9).

Schließlich weisen die sozioökonomischen Systeme der mittel- und osteuropäischen Länder einen weiteren interessanten Dualismus auf, und zwar zwischen den Unternehmen, die überwiegend für den Export arbeiten und den Unternehmen, deren Produkte ausschließlich für den nationalen Markt oder für regionale Märkte bestimmt sind. Die ersteren machen beträchtliche Gewinne. Sie finden leicht ausländische Partner und erhalten häufig deren Unterstützung für verschiedene Investitionen. Die letzteren zeigen fast das gegenteilige Bild. Ihre finanzielle und soziale Situation ist häufig prekär (10).

Die Tragweite und die Bedeutung der Schattenwirtschaft oder des „Schwarzmarktes“ stellt auch ein Sondermerkmal der sozioökonomischen Systeme der postkommunistischen Länder dar. Schätzungen zufolge tragen die als parallel bezeichneten Wirtschaftsaktivitäten mit 20-30% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Aber der „Schwarzmarkt“ ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen. Er ist auch ein wichtiges soziales und politisches Phänomen. Die informellen oder nichtdeklarierten Wirtschaftsaktivitäten erlauben es, ein relatives sozioökonomisches Gleichgewicht zu wahren. Sie sichern auch eine gewisse politische Stabilität. Sie werden durch den Staat toleriert, der sie zu Recht als Faktoren des sozialen Friedens und als Dämpfer der sozioökonomischen Schwierigkeiten ansieht. Der durch das Tolerieren dieser Aktivitäten erzielte politische Gewinn gleicht in gewisser Weise die Verluste aus, die sie dem Staatshaushalt zufügen. Auch die soziale Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen, die in den mittel- und osteuropäischen Ländern schwarz arbeiten, weist einige ungewöhnliche Merkmale auf. Es sind größtenteils Männer mit einem sehr geringen Ausbildungsniveau. Das Beispiel Ungarns zeigt, dass der „Schwarzmarkt“ auch Personen einschließt, die über hohe berufliche Qualifikationen verfügen, wie Rechts- und Finanzberater, Ärzte oder generell Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen, oder Personen, die im Handel oder generell im Dienstleistungsbereich arbeiten. Selbstverständlich handelt es sich hier meistens um Tätigkeiten, die zusätzlich zum Beruf ausgeübt werden (11).

Der postkommunistische Kapitalismus zeichnet sich durch eine nicht zu unterschätzende Zahl illegaler oder halblegalen Wirtschaftstätigkeiten aus. Der „Schwarzmarkt“ ist Teil davon, aber dazu gehören auch solche Phänomene wie Korruption, Steuerhinterziehung oder Vetternwirtschaft. Es sollte betont werden, dass es nicht allein die Existenz solcher Phänomene ist, die die Besonderheit des postkommunistischen Kapitalismus ausmacht: Vielmehr ist es ihre Größenordnung, ihre soziale Bedeutung und insbesondere ihre allgemeine Tolerierung (auch durch den Staat).

Die sozioökonomischen Ungleichheiten machen einen anderen besonderen Teil des postkommunistischen Kapitalismus aus. Hierbei handelt es sich nicht allein um Unterschiede in den Gehältern, sondern auch und vor allem um den ungleichen Zugang zum Schulwesen, zur Gesundheit, zum Justizwesen, zur Verwaltung, zur Kultur usw. Im sozialen Bereich kann man ebenfalls besondere Dualismen beobachten. Gute Schulen und hochwertige medizinische Versorgung existieren natürlich in den mittel- und osteuropäischen Ländern, doch sie sind praktisch nur denen vorbehalten, die über höhere Einkommen verfügen. Dies bedeutet in der Realität, dass sie nur für eine kleine Minderheit zugänglich sind. Die Mehrheit der Bevölkerung muss sich mit mittelmäßigen und ungenügenden Diensten zufrieden geben. Im sozialen Bereich vergrößern sich in diesen Ländern die Unterschiede kontinuierlich und damit auch der Abstand zwischen ihrem sozialen Niveau und dem der Europäischen Union.

Einige soziale Indikatoren im Vergleich mit der Europäischen Union (1997):

	Lebenserwartung	Kindersterblichkeit
EU (Durchschnitt)	77,2 Jahre	5,4 (auf 1000 Geburten)
Frankreich	78,1	5
Deutschland	77,2	5
Polen	72,9	10
Ungarn	70,9	10
Tschechische Republik	73,9	6
Slowakische Republik	73,0	10
Slowenien	74,4	5
Rumänien	69,9	22
Bulgarien	71,1	16
Estland	67,7	13
Lettland	68,4	16
Litauen	69,9	13

	Ausgaben für Gesundheit (% des BIP)	Ausgaben für Erziehung (% des BIP)
EU (Durchschnitt)	6,1	6,0
Frankreich	8,0	5,9
Deutschland	8,2	4,7
Polen	4,8	4,6
Ungarn	6,8	6,0
Tschechische Republik	7,7	6,1
Slowakische Republik	6,0	4,4
Slowenien	7,4	5,8
Rumänien	3,6	3,2
Bulgarien	4,0	4,2
Estland	6,3	6,6
Lettland	4,4	6,3
Litauen	5,1	6,1

Quelle: Zusammenstellung aufgrund der Angaben in: W. Quaisser, M. Hartmann, E. Hönekopp, M. Brandmeier, Die Osterweiterung der Europäischen Union : Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2000

Auch die Armut ist ein Phänomen, das in den mittel- und osteuropäischen Ländern immer beunruhigendere Dimensionen annimmt. Aufgrund der makroökonomischen Daten nimmt der gesamte Reichtum dieser Länder zu. Die Armut und die soziale Ausgrenzung nehmen aber gleichfalls zu. Offensichtlich betrifft der auf makroökonomischem Gebiet festgestellte Wohlstand nicht alle: Er begünstigt die einen und schließt die anderen aus. In Polen hat sich beispielsweise die relative Armut (Zahl der Personen, die ein niedrigeres Gehalt haben als der Durchschnitt) im Zeitraum 1994-1999 um 3% erhöht. Die absolute Armut hat sich ebenfalls erhöht. Statistisch betrachtet leben etwa 2 Millionen Polen in absolutem Elend (auf eine Bevölkerung von 38,6 Millionen), d.h. sie haben keine Möglichkeiten, um angemessen zu wohnen oder sich regelmäßig zu ernähren. Mehr als die Hälfte der polnischen Bevölkerung

kann es sich nicht erlauben, die verschiedenen Leistungen der Bildung, der Medizin oder der Kultur zu nutzen (12).

Das Merkmal, das die Besonderheiten des postkommunistischen Kapitalismus in gewisser Weise zusammenfasst, betrifft die regionalen Disparitäten. Die mittel- und osteuropäischen Länder – denen so viel an der äußeren Souveränität des Staates liegt – sind dabei, sich intern auf sozioökonomischer Ebene zu zersplittern. Sie teilen sich gebietsmäßig in reiche und extrem arme Regionen auf. Erstere zeichnen sich durch eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Löhne, einen ständigen Fluß – besonders ausländischer – Investitionen und eine hochwertige technische Infrastruktur aus. Andere Regionen sind von Arbeitslosigkeit, fehlenden produktiven Investitionen und einer sozialen und kulturellen Misere gekennzeichnet. Besondere Trennlinien bilden sich zwischen den Hauptstädten und regionalen Metropolen auf der einen Seite, und dem restlichen Land auf der anderen Seite. Eine weitere Kluft tut sich zwischen den städtischen Ballungsgebieten und den ländlichen Gebieten auf.

Die Arbeitslosenquote im Kontext der regionalen Disparitäten (1999):

	Arbeitslosigkeit in der Region	
	am niedrigsten	am höchsten
Polen	9%	20%
Tschechische Republik	4%	14%
Ungarn	4,9 % (5,4%)	12%
Slowenien	5-6%	12,8%

Quelle: Zusammenstellung aufgrund der Angaben in: Europäische Kommission (Hrsg.), Beschäftigung und Arbeitsmärkte in den MOEL, Januar 2000

Gemessen an dem Kriterium des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts (auf der Basis von Kaufkraftparitäten), befinden sich fast alle Regionen in den mittel- und osteuropäischen Ländern unterhalb der kritischen Grenze von 75% des Gemeinschaftsdurchschnitts, ein Niveau, das für die Förderfähigkeit durch die Strukturfonds bestimmend ist. Von 50 tatsächlich existierenden oder registrierten Regionen (in einigen Ländern handelt es sich um sogenannte statistische Regionen und nicht um wirkliche Gebietseinheiten) überschreiten nur zwei Regionen die Schwelle von 75%. Dies sind die Region von Prag (119% im Vergleich zum gemeinschaftlichen Durchschnitt) und die Region von Bratislava (96%) (13).

KAPITEL II – DIE INSTITUTIONELLE KULTUR DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER

Die bisherige Entwicklung der politischen Institutionen und der staatsbürgerlichen Kultur in den postkommunistischen mittel- und osteuropäischen Ländern (14) wirft die Frage auf, ob und in welchem Maße wir es mit dem Entstehen einer spezifischen postkommunistischen Demokratie zu tun haben. Dieser Frage liegt der gleiche Ansatz wie dem vorhergehenden Kapitel zugrunde, in dem wir versucht haben herauszuarbeiten, dass in diesen Ländern ein spezifischer Kapitalismus im Entstehen begriffen ist. Auch in diesem Fall erfordert das Nachdenken über die politischen Besonderheiten des Postkommunismus eine besondere analytische Vorsicht. Wir meinen, dass die Demokratie in den postkommunistischen mittel- und osteuropäischen Ländern definitiv und unwiderruflich etabliert ist. Wir sind auch der Auffassung, dass die Demokratie in der historischen Realität nur in Form von verschiedenen nationalen oder regionalen Systemen existiert, und dass sie mit unterschiedlichen institutionellen Kulturen einhergehen kann. Um die Besonderheiten der postkommunistischen Demokratien darzustellen, müssen wir zuerst die relevanten strukturellen und funktionalen Eigenschaften sorgfältig herausarbeiten, und vor allem fähig sein zu unterscheiden zwischen den rein konjunkturellen Aspekten, die die spezifischen Bedingtheiten und Wege der Transformationspolitik widerspiegeln, und den Aspekten, deren Gewicht und Bedeutung das Entstehen von eigenständigen Systemen aufzeigen oder artikulieren.

Wir verstehen unter der institutionellen Kultur die Gesamtheit der Funktionsprinzipien und der Handlungsstrukturen, die das politische und wirtschaftliche Leben in der Demokratie ausdrücken oder umrahmen. Hierbei kann es sich um formelle und informelle Grundsätze handeln oder auch um institutionalisierte oder spontane Handlungsstrukturen. Hinzu kommt noch die Problematik des politischen Bewusstseins der Bürger, welches das moralische Fundament einer jeden demokratischen institutionellen Konstruktion ausmacht. Die institutionelle Kultur ist ein objektiver Faktor. Sie bestimmt die politische Identität eines gegebenen Staates mit.

Die Analyse der institutionellen Kultur erfordert eine Unterscheidung zwischen vier Ebenen des politischen Lebens in einer Demokratie: der Verfassungsebene (Funktionsprinzipien und Strukturen des Regierungssystems im strengen Sinne), des institutionellen Rahmens des politischen Lebens (politische Parteien und Verbände), des institutionellen Rahmens des Wirtschaftslebens (vor allem Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) und der Bürgergesellschaft (politisches Bewusstsein, politische Haltungen und Verhaltensweisen, Verbandsleben der Bürger).

II.1. Die Besonderheit des Transformationsprozesses

Allgemein gesehen ergibt sich die Besonderheit der institutionellen Kultur der mittel- und osteuropäischen Länder aus der historischen Einzigartigkeit der postkommunistischen Transformation (15). Beispielsweise weicht dieser Prozess sehr von den früheren demokratischen Transformationen ab, die in den südeuropäischen Ländern stattfanden (Spanien, Portugal). Doch die eigentliche historische Besonderheit dieses Prozesses wird erst

dann offensichtlich, wenn man ihn vor dem Hintergrund der Entwicklung der westlichen politischen Institutionen betrachtet.

Im Falle der südeuropäischen Transformationsprozesse ging es um den Übergang vom autoritären Staat zur Demokratie. Bei den mittel- und osteuropäischen Staaten handelt es sich darum, eine Demokratie auf den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ruinen des kommunistischen Totalitarismus zu errichten. Die Unterschiede zwischen den autoritären und totalitären Systemen (16) sind aussagekräftig genug, um die Tragweite und die historisch spezifische Bedeutung der postkommunistischen Transformation verständlich zu machen. Im Falle Südeuropas betraf die Umgestaltung vor allem das politische System. Die spanischen oder portugiesischen Wirtschaftsordnungen benötigten einige Reformen, die jedoch nicht die Einführung des privaten Eigentums, des Arbeitsmarktes oder des Prinzips des Angebots und der Nachfrage betrafen. Die spanischen oder portugiesischen Zivilgesellschaften hatten keine Nachhilfestunden nötig, um ihre Autonomie und politische Spontaneität wiederzufinden bzw. zu bekräftigen. Im Falle des postkommunistischen Umbaus handelt es sich um einen allumfassenden Prozess. Es muss eigentlich alles neu aufgebaut, erfunden, verändert werden. Dies gilt für das politische und wirtschaftliche System genauso wie für die Zivilgesellschaft.

Die südeuropäischen demokratischen Reformen waren aus historischer Sicht Redemokratisierungen. Um eine demokratische Zukunft aufzubauen, verfügten die betroffenen Länder über ihre eigenen aus früheren Zeiten datierenden politischen Konzeptionen und über ihre eigenen demokratischen Erfahrungen. Sie konnten leicht die postautoritäre demokratische Umgestaltung in die entsprechenden nationalen Zusammenhänge einfügen, und damit die neuen demokratischen Institutionen und das neue demokratische Bewusstsein konsolidieren. Im Falle der mittel- und osteuropäischen Staaten ist die Demokratisierung ein neues historisches Phänomen, sowohl auf der institutionellen Ebene als auch auf der Ebene des politischen Bewusstseins. Bekanntlich haben die ersten demokratischen Erfahrungen Polens und Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg nicht lange gedauert. Nur die Tschechoslowakei hat es geschafft, im Zeitraum 1918-1939 ein demokratisches Regime zu halten.

Der besondere Charakter der postkommunistischen Demokratisierung wird historisch augenscheinlich, wenn wir diesen Prozess mit der politischen Entwicklung der westlichen Demokratien vergleichen. Ohne im Einzelnen auf diese spannende Problematik eingehen zu wollen, müssen mindestens die zwei folgenden Aspekte unterstrichen werden. Der Kapitalismus und die Demokratie haben sich in den meisten westlichen Ländern schrittweise entwickelt. Deren Evolution erstreckte sich über Jahrhunderte. Der Kapitalismus und die Demokratie waren zuerst gesellschaftliche Kräfte, bevor sie zu offiziellen und nationalen wirtschaftlichen und politischen Systemen wurden. Schließlich wurde die Entwicklung der kapitalistischen und demokratischen Institutionen im Westen von philosophischen Überlegungen vorbereitet und begleitet, die diese Institutionen als gerecht und gut ansahen, und zwar aufgrund von den rationalen Prämissen über die Natur und die Freiheit des Menschen. Im Falle der mittel- und osteuropäischen Länder begann die wirtschaftliche und demokratische Modernisierung im 19. Jahrhundert, doch sie hielt nicht lange an. Außerdem war die erste Modernisierung eine durch ausländische, preußische oder österreichische Fremdmächte durchgeführte Politik. Sie war nicht das Vorhaben der nationalen heimischen Kräfte. Folglich konnte sie auch keine bedeutenden philosophischen Debatten über die Demokratie oder den Kapitalismus inspirieren. Nach der kommunistischen Parenthese begann die Modernisierung in den mittel- und osteuropäischen Staaten aufs Neue (17). Dies ist

möglicherweise der erste wirkliche Beginn der Modernisierung in diesem Teil Europas. Seltsamerweise geht diese Modernisierung erneut über das Handeln des Staates selber vonstatten und in Abwesenheit bedeutender philosophischer Reflexionen. Aber dies ist genau das historische Schicksal von Mittel- und Osteuropa. Der Staat war und ist auch heute die wichtigste Kraft der Modernisierung. Diese hat dort niemals eigenständige politische Ideen inspiriert. Die Modernisierung Mittel- und Osteuropas war immer ein rezeptiver und imitierender Prozess. Dies gilt auch für die heutige Transformationspolitik.

In den westlichen Staaten war das 19. Jahrhundert eine wichtige Epoche des demokratischen Lernens. Dieses Lernen vollzog sich im Rahmen der souveränen Nationalstaaten. Mittel- und Osteuropa hingegen hat an diesem wichtigen historischen Prozess nicht teilgenommen. Es hatte damals andere Sorgen und Probleme. Im 19. Jahrhundert lebten die Polen, Tschechen und Ungarn nicht in sich demokratisierenden Nationalstaaten, sondern in Provinzen imperialer Mächte. Die Freiheit bedeutete für diese Völker zunächst nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität. Die Demokratie bedeutete für sie die Pflicht, das Volk für nationale Zwecke zu mobilisieren und an Aktionen teilzunehmen, die die nationalen Interessen verteidigen sollten.

In den westlichen Ländern war das 20. Jahrhundert trotz der beiden furchtbaren Weltkriege und trotz des ideologischen und strategischen Konflikts mit dem Kommunismus eine Phase einer enormen wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung. Für die mittel- und osteuropäischen Länder hingegen bedeutete das 20. Jahrhundert vor allem die Wiedererlangung ihrer staatlichen Existenz nach dem ersten Weltkrieg, anschließend eine kurze Erfahrung der nationalen Souveränität, dann die Besetzung durch die Nazis, anschließend die Beherrschung durch die Kommunisten nach dem 2. Weltkrieg und schließlich die nahezu an ein Wunder grenzende Befreiung von der kommunistischen Unterdrückung. Während all dieser bewegten oder tragischen Zeiten war der Begriff der Modernisierung entweder ideologisch verpönt oder politisch entstellt.

Die postkommunistische Umgestaltung ist auf der Ebene der politischen Institutionen ein imitierender, instrumenteller und künstlicher Prozess. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus haben die mittel- und osteuropäischen Länder keine neue Konzeption der politischen und wirtschaftlichen Ordnung entwickelt, die ihrer historisch besonderen Situation entsprochen und die ihre Mentalitäten und eigenen politischen Traditionen berücksichtigt hätte. Diese Länder haben sich zum Westen gewendet, den sie als Quelle von fertigen politischen Institutionen und Lösungen wahrnahmen. Sie haben die westliche institutionelle Kultur nicht als historische Verwirklichung des Ideals der modernen Freiheit und der Demokratie angesehen, sondern als eine politische und administrative Technologie, die ihnen eine schnelle Umgestaltung, einen wirtschaftlichen Wohlstand und die politische Stabilität sichern würde. Die in den mittel- und osteuropäischen Ländern eingerichteten institutionellen Systeme sind im doppelten Sinne künstlich. Sie sind es, weil sie nach einigen westlichen Mustern gestaltet wurden und weil sie keine eigene gesellschaftliche Verankerung besitzen. Manchmal gehen sie weit über das Durchschnittsniveau des politischen Bewußtseins der Bürger hinaus. Aber – und auch dies ist eine Eigenheit, die sich wie ein roter Faden durch die Modernisierungsbemühungen in Mittel- und Osteuropa zieht – diese institutionellen Systeme wurden nicht nur als funktionelle Systeme eingeführt, sondern auch als pädagogische Systeme, als Methoden der Erziehung zum modernen und demokratischen Leben.

Schauen wir uns nun die Systeme der politischen Institutionen in den wichtigsten und am weitesten in der Modernisierung fortgeschrittenen Ländern an: Polen, Tschechische Republik und Ungarn. Diese Länder werden uns als eine repräsentative Auswahl für die gesamte Region dienen, die manchmal als „das andere Europa“ bezeichnet wird.

II.2 – Die Verfassungsordnung

Die konstitutionellen Systeme wurden in diesen Ländern auf der Basis theoretischer Analysen der westlichen Verfassungen und der westlichen konstitutionellen Erfahrungen erarbeitet. Dies geschah häufig mit der sogenannten technischen Hilfe der westlichen Experten. Es sind neuartige politische Werke, da sie viele Elemente aus den westlichen Verfassungssystemen entnehmen und diese mit besonderen lokalen Elementen kombinieren (18). Allgemein betrachtet können sich diese konstitutionellen Kompilationen durchaus als geeignet erweisen, um eine institutionelle Stabilität wirksam zu garantieren. Die Lebensfähigkeit der postkommunistischen Verfassungen wird hier nicht infrage gestellt. Doch diese Verfassungen enthalten eine Reihe politischer Inkohärenzen, die sich in Krisensituationen als problematisch erweisen könnten.

Der Präsident der Tschechischen Republik besitzt beispielsweise das Recht, an den Sitzungen der parlamentarischen Kammern oder der Regierung teilzunehmen und das Wort dort zu ergreifen. Das legislative Initiativrecht hat er jedoch nicht. Das politische und juristische Gewicht des Wortes des Präsidenten bleibt in diesen konkreten Fällen ein Rätsel. In der Tschechischen Republik müssen die durch den Präsidenten unterzeichneten Gesetze auch durch den Regierungschef unterzeichnet werden. Wir wissen nicht, was geschieht, wenn Letzterer es ablehnt, zu unterzeichnen. Die ungarische Verfassung sieht gleichzeitig den Grundsatz der kollegialen politischen Verantwortung der Regierung und das Prinzip der individuellen Verantwortung der Minister vor. Sie kennt aber nicht das individuelle Mißtrauensvotum gegenüber einzelnen Ministern. Die polnische Verfassung enthält auch einen ähnlichen widersprüchlichen Mechanismus der doppelten politischen Verantwortung der Regierung: Die kollegiale und die individuelle Verantwortung der Minister. Außerdem enthält sie die Bestimmung, wonach der Präsident mit der Regierung in außenpolitischen Fragen „kooperiert“, ohne jedoch die institutionelle Form oder die formalen Grenzen einer solchen Kooperation festzulegen. Sie sieht einen „Kabinettsrat“ vor (die Regierung unter der Führung des Präsidenten), ohne die Rolle und die Kompetenzen eines solchen Rates zu definieren (19).

II.3- Der institutionelle Rahmen des politischen Lebens

Der institutionelle Rahmen des politischen Lebens – wir verstehen hierunter vor allem die politischen Parteien – ist in den mittel- und osteuropäischen Ländern sehr schwach. Zunächst können wir einen Dualismus feststellen : auf der einen Seite die Parteien, die aus den früheren kommunistischen Organisationen entstanden sind und die folglich einen Großteil von deren organisatorischen Infrastrukturen und auch einen nicht zu vernachlässigenden Teil alter Anhänger haben beibehalten können, und auf der anderen Seite die neuen politischen Parteien. Letztere haben weiterhin große Schwierigkeiten, sich zu organisieren und sich angemessen auf der politischen Bühne zu etablieren. Dieser Dualismus betrifft auch die ideologische Entwicklung. Die postkommunistischen Parteien haben sich mehr oder weniger in die

Richtung der westlichen Sozialdemokratie reorientiert. Sie behalten diese ideologisch-politische Linie im Großen und Ganzen bei. Andererseits schreiben sich die neuen politischen Parteien verschiedene ideologische Profile zu, die aber inkonsistent und inkohärent sind. Diese Parteien vertreten in der Regel konservative und nationale Tendenzen, doch es handelt sich hier in den meisten Fällen um ideologische Mixturen, die evolutiv und schwer zu identifizieren sind. In den mittel- und osteuropäischen Ländern gibt es auch einige neue Parteien mit einem sozialdemokratischen Profil. Allerdings ist ihr politisches Gewicht gering. Eine Ausnahme bildet die Tschechische Republik, wo die sozialdemokratische Partei, die nichts mit dem Kommunismus zu tun hat, zurzeit die wichtigste parlamentarische Fraktion bildet und sich an der Macht befindet.

Es ist ein Paradoxon, dass die Regierungspolitik in den mittel- und osteuropäischen Länder weitgehend durch neoliberale Ideen beeinflusst wird, obwohl die liberalen Parteien besonders schwach sind. Dies ist möglicherweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Elemente des Liberalismus ein wenig überall in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft verbreitet sind. Dies kann allerdings auch eine tiefere historische Bedeutung haben und die These bestätigen, der zufolge der Liberalismus niemals ernsthafte Wurzeln in Mittel- und Osteuropa hatte und bis heute eine eher fremde und unverständliche politische Doktrin bleibt (20).

Allgemein betrachtet sind die neuen politischen Parteien in den mittel- und osteuropäischen Ländern ideologisch konfus, organisatorisch schwach und politisch instabil. Jüngste soziologische Forschungen (21) belegen, dass diese Parteien wenig Mitglieder haben und dass ihre organisatorischen Strukturen besonders schwach sind. Oftmals sind es Parteien, die vorwiegend in den Hauptstädten und in den regionalen Metropolen funktionieren. Sie machen sich bekannt eher über die Medien als über direkte politische Kontakte mit der Gesellschaft. Sie unterscheiden sich voneinander weniger durch politische Programme als eher durch politische Temperamente und ideologische Rhetorik. Sie ändern sich schnell in dem Sinne, dass sie sich teilen oder zusammenschließen, je nach den jeweiligen konjunkturellen Wahlstrategien. Die polnischen politischen Parteien sind wahrscheinlich in dieser Hinsicht am einfallsreichsten. Bei jeder Parlamentswahl stellt sich die polnische Rechte unter verschiedenen Organisationsformen vor. Sie setzt sich aus etwa zehn kleinen Parteien zusammen, die unermüdlich Allianzen oder politische Zusammenschlüsse bilden oder auflösen, deren Zusammenhalt sich vor allem auf die jeweiligen Interessen ihrer Führer zurückführen lässt. Die neuen politischen Parteien in der Tschechischen Republik und in Ungarn verändern sich ebenfalls. Ihre Evolution ist jedoch langsamer und weniger sprunghaft, als die der rechten Parteien in Polen. Es gibt beispielsweise mindestens vier verschiedene Parteien, die sich aus aufeinanderfolgenden Abspaltungen von der zivilen Bewegung ergeben haben, die der Träger der tschechischen „Revolution“ war. Die Partei, die Ungarn in den ersten vier Jahren nach dem Zusammenbruch des Kommunismus regiert hat, existiert heute nur in einer Restform.

Die größte Schwäche der politischen Parteien ist jedoch – unabhängig von ihren historischen Ursprüngen –, dass sie Schwierigkeiten haben, eine stabile und treue Wählerschaft aufzubauen. Ihre gesellschaftliche Verankerung ist quasi gleich Null. Sie rufen bei den Bürgern mehr Misstrauen als Vertrauen hervor (22). Es sind die Armee und die Kirchen, die durchschnittlich drei Mal mehr Vertrauen als die politischen Parteien erhalten (23).

Politische Parteien: Indikatoren zum Vertrauen und zum Misstrauen in den MOEL

	MOEL (Durchschnitt)	Tschechische Republik	Ungarn	Polen
Vertrauen	11	15	11	9
Misstrauen	65	55	66	66

Quelle: Zusammenstellung aufgrund der Angaben in: R. Rose and C. Haerpfer, New Democracies Barometer, Glasgow, 1998, S. 92-93

Ist es richtig, die Schwächen der politischen Parteien in den mittel- und osteuropäischen Ländern als ein Merkmal anzusehen, das es erlaubt, von einer besonderen postkommunistischen Demokratie zu sprechen? Es ist noch zu früh, um dies kategorisch zu behaupten. Allerdings sollte unterstrichen werden, dass jede politische Umgestaltung, die auf die Einrichtung einer Demokratie zielt, einen quantitativen und qualitativen Anstieg organisierter politischer Aktivitäten implizieren sollte. Die politischen Parteien müssten hier stark sein, damit sie auf organisierte und institutionalisierte Weise die Freiheit und die neuen gesellschaftlichen Bestrebungen kanalisieren können. Der Grad ihrer institutionellen Entwicklung müsste als Kriterium gelten, um die gesellschaftliche Tiefe und die politische Konsolidierung der errichteten Demokratie zu messen. Allerdings müssen wir auch die Hypothese in Betracht ziehen, dass die derzeitige Schwäche der meisten politischen Parteien in diesen Ländern möglicherweise das Entstehen einer spezifischen Demokratie andeutet, in der die Volkssouveränität sich stärker in einer direkten Kommunikation zwischen den Massen und den politischen Persönlichkeiten ausdrückt, und wo die persönlichen Beziehungen oder die informellen politischen Netzwerke wichtiger sind als institutionalisiertes Handeln.

II.4- Der institutionelle Rahmen des Wirtschaftslebens

Der institutionelle Rahmen (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Sozialer Dialog, Tarifvereinbarungen) der wirtschaftlichen Aktivitäten hat in den mittel- und osteuropäischen Ländern auch strukturelle und funktionale Schwächen (24). Die soziale Kraft der Gewerkschaften (Mobilisierungsfähigkeit, politischer Einfluss) verringert sich. Dieses Phänomen wird sichtbar am ständigen Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und der Zahl der Gewerkschaftsaktionen (Streiks, Proteste) sowie am niedrigen Ansehen der Gewerkschaften in der Gesellschaft. All diese Tendenzen haben konkrete und leicht zu erkennende Ursprünge und Gründe. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder verringert sich teilweise durch die Privatisierung, welche in den meisten Fällen Unternehmensauflösungen oder Umstrukturierungen nach sich zieht, die ihrerseits Massenentlassungen verursachen. Diese Tendenzen sind auch teilweise Folge der wachsenden Skepsis der Arbeiter selber gegenüber den Gewerkschaften. Auf die eine oder andere Weise verlieren die Gewerkschaften tatsächliche und potentielle Mitglieder.

Der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades hat auch andere – weit wichtigere – Ursachen. Die sozioökonomische Entwicklung geht in den mittel- und osteuropäischen Ländern merkwürdigerweise Hand in Hand mit einer soziologisch neuartigen und politisch überraschenden Strukturierung der Gewerkschaftsaktivitäten und –systeme. Tatsache ist, dass die Gewerkschaften in diesen Ländern vorrangig in den Staatsunternehmen tätig sind. Sie bestehen in den privatisierten Unternehmen weiter, die übrigens oft völlig oder teilweise vom Staat kontrolliert werden (durch Aktien oder Kapitalbeteiligungen). Im letztgenannten Fall

erfahren die Gewerkschaften allerdings eine Erosion, sowohl in bezug auf die Zahl ihrer Mitglieder als auch in bezug auf ihren Einfluss auf die Gestaltung der sozialen Beziehungen. Die bedeutenste Besonderheit der postkommunistischen Gewerkschaftssysteme liegt jedoch darin, dass die Gewerkschaften es nicht schaffen, sich in den neu gegründeten privaten Unternehmen wirksam zu etablieren. Den privaten Arbeitgebern gelingt es, die Arbeitnehmer in der Regel mit Erfolg davon abzuhalten, in ihren Unternehmen Gewerkschaften zu gründen. Sie schaffen es zum Beispiel dadurch, dass sie ihnen höhere Gehälter gewähren, im Vergleich zu ähnlichen Unternehmen, die gewerkschaftliche Sektionen haben. Außerdem erweisen sich oft die Gewerkschaften selber als unfähig, adäquate Strategien zu entwickeln, die es ihnen erlauben würden, sich in echt privaten Unternehmen institutionell zu etablieren.

Gewerkschaften: Indikatoren zum Vertrauen und zum Misstrauen in den MOEL

	MOEL (Durchschnitt)	Tschechische Republik	Ungarn	Polen
Vertrauen	24	28	15	26
Misstrauen	47	38	64	43

Quelle: Zusammenstellung aufgrund der Angaben in: R. Rose and C. Haerpfer, New Democracies Barometer, Glasgow, 1998, S. 92-93

Dennoch muss jede Überlegung über die Situation der Gewerkschaften in den mittel- und osteuropäischen Ländern die Hauptschwierigkeit berücksichtigen, die auf allen Gewerkschaften in den postkommunistischen Ländern lastet und die sich aus der Transformationspolitik selber ergibt. Einerseits unterstützen die Gewerkschaften diese Politik und sie können gar nicht anders, da die vorrangigen Ziele der Transformation die Demokratie und der wirtschaftliche Wohlstand sind. Andererseits verursacht die Transformationspolitik enorme Kosten auf sozialer Ebene, beispielsweise die Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Verarmung der Bevölkerung. Dies sind Phänomene, vor denen die Gewerkschaften nicht passiv bleiben dürfen, wenn sie ihrer historischen Berufung treu bleiben möchten. In der Praxis versuchen die Gewerkschaften diese Schwierigkeit oder diesen Widerspruch zu überwinden, indem sie je nach den Umständen die Transformationspolitik unterstützen oder kritisieren. Eine solche Politik ist aber schwer nachzuvollziehen und beeinträchtigt merklich ihre eigene politische Glaubwürdigkeit.

Die allgemeine Schwächung der Gewerkschaften geht Hand in Hand mit der besonders langsamen und schwierigen Konsolidierung der Arbeitgeberorganisationen (25). Historisch betrachtet haben sich die Arbeitgeberorganisationen in den westlichen Ländern entwickelt, um die Interessen der Arbeitgeber und der privaten Unternehmen gegenüber den gewerkschaftlichen Forderungen zu verteidigen und um Druck auf den Staat auszuüben, je stärker dieser in das soziale und wirtschaftliche Leben eingegriffen hat. Es waren die aktiven Gewerkschaften und der interventionistische Staat, die im Grunde die institutionelle Festigung der Arbeitgeberorganisationen wesentlich hervorgerufen bzw. beschleunigt haben. Schaut man sich die Bildung der Arbeitgeberverbände in den mittel- und osteuropäischen Staaten an, so stellt man die doppelte Besonderheit der Situation fest, in der sie sich konstituieren mussten. Diese Organisationen haben sich gebildet, nicht um sich einem wachsenden regulierenden Staat zu widersetzen, sondern in einer völlig anderen Situation, nämlich in einer Situation, die durch eine massive Entstaatlichung und eine radikale Verringerung der

Verpflichtungen des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich gekennzeichnet war. Diese Organisationen haben sich gegründet, nicht um gegenüber starken Gewerkschaften aufzutreten, sondern in einer Situation, die sich durch eine allgemeine Schwächung der Gewerkschaften auszeichnete. Unabhängig vom Erklärungswert eines solchen historischen Vergleichs mussten sich die Arbeitgeberorganisationen in den postkommunistischen Ländern in einem spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfeld bilden. Sie sind in mehreren Fällen auf Anregung der Regierung und mit materieller Hilfe des Staates gegründet worden. Dies geschah entweder direkt oder über Wirtschaftskammern, die den Status von öffentlichen Institutionen hatten. In vielen anderen Fällen sind sie als politisch unabhängige Initiativen erschienen.

In den ersten Jahren des Übergangs umfassten die Arbeitgeberorganisationen vor allem die staatlichen Unternehmen. Diese Tatsache war aber nicht der Entwicklung einer autonomen sozialen Partnerschaft mit den Gewerkschaften förderlich. Nicht ohne Grund betrachteten die Gewerkschaften die ersten Arbeitgeberorganisationen, die vorgaben, Interessen der Unternehmen zu vertreten, deren letztendlicher Eigentümer der Staat selber war, als zweitrangig. Gegenwärtig schließen sich immer mehr private Unternehmen den Arbeitgeberorganisationen an, doch ihre Repräsentativität bleibt weiterhin schwach. Außer in zwei oder drei konkreten Fällen haben sie generell noch nicht ein institutionelles Entwicklungsniveau erreicht, das es ihnen ermöglichen würde, sich bedingungslos als politisch gültige Partner zu behaupten. Sie treffen weiterhin auf die skeptische Haltung vieler privater Arbeitgeber, die oft befürchten, dass der Beitritt zu dieser oder jener anderen Arbeitgeberorganisation zu Verpflichtungen führen könnte (beispielsweise sektorale Tarifvereinbarungen), die sie gerade vermeiden möchten. Manchmal meinen die Arbeitgeber, dass ihre individuellen Aktionen gegenüber den Gewerkschaften oder den staatlichen Behörden viel effizienter sein können als kollektive Aktionen, die außerdem durch von ihnen nicht direkt bekannten Personen organisiert und geleitet werden. Manchmal wissen sie gar nicht, dass Arbeitgeberorganisationen existieren.

Der gegenwärtige Stand der institutionellen Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen – geprägt durch die Schwächung Ersterer und die schwache Konsolidierung Letzterer – kann als eine vorübergehende Situation angesehen werden, die mit dieser oder jener politischen Etappe der Transformation verbunden ist. Dieses Phänomen kann jedoch auch in einem weiteren gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Nach der politischen Soziologie setzen die Bildung und das effiziente Funktionieren der intermediären Organisationen – zu denen die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen gehören – das Bestehen einer solide strukturierten Gesellschaft nach verschiedenen sozioökonomischen Kriterien voraus. Eine andere Voraussetzung dafür ist ein politisches Bewusstsein, das den Nutzen der institutionell abgesicherten Zentralisierung von Sonder- und Einzelinteressen als das schnellste und wirksamste Mittel für ihre Realisierung anerkennt. Es ist aber zweifelhaft, ob die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas diese Bedingungen schon erfüllen. Die sozioökonomische Differenzierung dieser Gesellschaften ist im Gange. Sie zeigt sich derzeit in eher rudimentären Formen. Außerdem scheint der anarchische Individualismus – weit verbreitet in diesen Gesellschaften – eher ein Hindernis zu sein, um das Bewusstsein zu entwickeln, dass das kollektive Handeln die Verwirklichung von individuellen Interessen besser und effizienter sichern kann. Kurz: Auch hier finden wir erneut die Frage, die wir bereits in dem vorherigen Kapitel gestellt haben, nämlich die Frage nach der Besonderheit der sozioökonomischen Entwicklung Mittel- und Osteuropas und der Entstehung einer besonderen und neuartigen sozioökonomischen Kultur in diesem Teil Europas.

II. 5 Die Staatsbürgerschaft und die Zivilgesellschaft

Es gibt mehrere Methoden, um die Frage der gesellschaftlichen Verankerung der demokratischen Institutionen anzugehen. Man könnte beispielsweise die Zahl, die Funktionsweise und den politischen Einfluss der intermediären Organisationen oder Verbände untersuchen und hieraus einige Schlussfolgerungen zur Stärke oder Schwäche der Zivilgesellschaft ziehen. Eine solche Analyse könnte durch die Untersuchung der politischen Beteiligung und der Haltung der Bürger gegenüber den politischen Institutionen vervollständigt werden. Man könnte allerdings auch einen interpretativen Ansatz anwenden und sich überwiegend für die Mentalitäten, die politischen Traditionen oder besondere (vergangene oder gegenwärtige) historische Kontexte interessieren. Was die Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa anbelangt, so bewegen sich alle soziologischen Betrachtungen – ob sie nun analytisch oder interpretativ sind – auf eine identische Schlussfolgerung hin: nämlich dass diese Gesellschaften besonders im Bereich der staatsbürgerlichen Kultur schwach sind.

Nach kürzlich durchgeführten empirischen Untersuchungen sind die zivilen postkommunistischen Gesellschaften statistisch gesehen stark, doch politisch schwach. Sie zeichnen sich durch eine Reihe beeindruckender und verschiedenartiger ziviler Vereinigungen aus (vor allem mit sozialer, erzieherischer oder sportlicher Ausrichtung), doch es handelt sich bei den meisten um Vereinigungen ohne politische Bedeutung. Darüber hinaus stellt man eine unverhältnismäßig hohe Konzentration der gesellschaftlichen Initiativen in den Hauptstädten und den regionalen Metropolen sowie eine schwache Strukturierung der Verbandstätigkeiten (Föderationen, Konföderationen) fest (26).

Auch ist es interessant festzustellen, dass das politische Engagement und das Interesse der Bürger für die Politik in den mittel- und osteuropäischen Ländern allgemein schwach sind. Dies zeigt sich unter anderem in einer schwachen und instabilen Wahlbeteiligung. In Polen ist sie relativ niedrig und sehr variabel. Es sind die Präsidentschaftswahlen, bei denen es sich um Direktwahlen nach französischem Vorbild handelt, die die meisten polnischen Bürger mobilisieren (60%, 64%, 60%). Die Parlamentswahlen scheinen für sie weniger interessant zu sein (43,2%, 52,1%, 47,9%). Die Beteiligung bei regionalen Wahlen ist noch niedriger (42,3%, 33,8%, 45%). Die neue Verfassung wurde in 1997 durch ein Referendum angenommen, das nur 42,8% der Bürger mobilisierte. Die Tschechen und die Ungarn sind statistisch betrachtet stärker an der Politik interessiert als die Polen, doch ihr Interesse für die Politik scheint sich ständig zu verringern. Die Wahlbeteiligung in der Tschechischen Republik und in Ungarn sinkt konstant. Im Falle Tschechiens lag sie bei den letzten Parlamentswahlen bei 65%, nachdem sie im Jahr 1996 76% erreicht hatte und in 1992 86%. Im Falle Ungarns geht sie auch regelmäßig auf ein niedrigeres Niveau zurück (65%, 55%, 50%).

Sicherlich können all diese Zahlen unterschiedlich interpretiert werden. Man kann darin eine gewisse „demokratische Normalisierung“ sehen. Wenn die Bürger sich nicht an den Wahlen beteiligen wollen, so heißt dies, sie akzeptieren die Demokratie als solche und haben ihr nichts hinzuzufügen. Eine solche Auslegung scheint uns allerdings für die mittel- und osteuropäischen Länder nicht zutreffend zu sein. Wenn wir die Tatsache berücksichtigen, dass diese Länder sehr viele und besonders schwere wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen haben, so müssten ihre Bürger besonders aktiv und politisch leicht mobilisierbar sein. Wenn andererseits die politische Beteiligung der Bürger selber zu einem Problem wird, so deshalb,

weil sie nicht oder nicht mehr an die Politik glauben, um ihre Probleme zu lösen oder ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Aber an die Politik nicht zu glauben oder nicht mehr zu glauben, das heißt auch denen mißtrauen, die die Politik machen. So gelangen wir möglicherweise zum Kern des Apolitismus der postkommunistischen Gesellschaften, der genau in einem schwachen Vertrauen der Bürger gegenüber den politischen Institutionen und den politischen Führern besteht. Am Beispiel der politischen Kultur der Tschechen in der postkommunistischen Zeit konnte die Behauptung aufgestellt werden, dass das größte Problem der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas zurzeit eine Vertrauenskrise ist, die sowohl die Wirtschaft als auch die politischen Institutionen betrifft (27).

Politische Institutionen: Indikatoren zum Vertrauen und zum Misstrauen in den MOEL

	MOEL (Durchschnitt)	Tschechische Republik	Ungarn	Polen
Regierung				
Vertrauen	24	26	25	23
Misstrauen	39	42	39	40
Parlament				
Vertrauen	21	15	25	25
Misstrauen	55	64	54	44
Armee				
Vertrauen	40	31	40	53
Misstrauen	32	38	31	19
Kirchen				
Vertrauen	35	29	37	51
Misstrauen	44	44	44	28

Quelle: Zusammenstellung aufgrund der Angaben in: R. Rose and C. Haerpfer, New Democracies Barometer, Glasgow, 1998, S. 92-93

Das soziologische Bild der Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa der nachkommunistischen Zeit nähert sich erstaunlich stark den historischen Analysen. Diese haben uns daran gewöhnt, die Gesellschaften in diesem Teil Europas als schwach anzusehen, was die politischen Institutionen und die institutionalisierten Handlungen betrifft, als wenig politisch engagiert, als misstrauisch gegenüber den Parteien und den politischen Führern und als Völker, die den Staat als wichtigste politische Kraft betrachten, aber auch als Gesellschaften, die sich durch einen bemerkenswerten individuellen Aktivismus, durch einen anarchischen Individualismus, durch eine Kultur der Scharfsinnigkeit und durch eine verblüffende Rhetorik auszeichnen.

KAPITEL III – DIE POLITISCHEN INTERESSEN DER MITTEL- UND OSTEuropäischen LÄNDER

Die mittel- und osteuropäischen Länder sind nicht nur Beitrittskandidaten zur Europäischen Union, sondern besitzen vielmehr als souveräne und unabhängige Staaten auch ihre eigenen politischen Visionen, Ambitionen und Interessen. Sie möchten der Europäischen Union nicht etwa beitreten, um einige Randprovinzen der erweiterten Union zu werden, sondern um dort eine gewisse Rolle zu spielen und politischen Einfluss zu nehmen. Folglich ist die Frage nach der Vereinbarkeit der politischen Visionen, Ambitionen und Interessen dieser Länder mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausrichtung der Europäischen Union ganz und gar legitim. Gewiss ist die allgemeine Orientierung der Europäischen Union keine statische Gegebenheit. Sie hängt im wesentlichen von dem Willen der Mitgliedstaaten selbst ab. Doch es ist gerade der offene und dynamische Charakter der Europäischen Union, der die Möglichkeit bietet und die Staaten – heute Kandidaten und morgen Mitgliedstaaten – dazu ermutigt, ihre besonderen politischen Sensibilitäten darzulegen und darauf zu hoffen, die europäische Politik in der Zukunft entsprechend beeinflussen zu können.

Die Problematik der Vereinbarkeit zwischen den nationalen Interessen der Bewerberländer, zumindest einiger unter ihnen, und den Interessen der Europäischen Union ist reell, wichtig, ja lebenswichtig für die europäische Integration. Es geht hier nicht darum, alle Faktoren eingehend zu untersuchen, welche die Politik der mittel- und osteuropäischen Länder bestimmen und in absehbarer Zukunft bestimmen werden, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik oder des internationalen Handelsverkehrs und Austauschs ganz allgemein. Wir werden uns damit begnügen, zwei besondere Aspekte dieser grundlegenden Problematik anzugehen, nämlich die Frage der künftigen (polnischen) Ostgrenze der Union und die Frage der Souveränität, der in den postkommunistischen Ländern eine spezielle Bedeutung zukommt.

III.1- Polen und die künftige Ostgrenze der Europäischen Union

Bei der Frage der künftigen Ostgrenze der Europäischen Union geht es letztlich um Folgendes: wie lässt sich die Gemeinschaftspolitik, die ein strenges Kontrollsystem an den Außengrenzen der Union vorsieht und die eine klare verwaltungspolitische Unterscheidung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Union und den Staatsangehörigen anderer Länder trifft, mit dem Interesse Polens vereinbaren, das seine Ostgrenze relativ offen halten möchte, da es sie übrigens als Faktor seines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses auf seine nächsten Nachbarn betrachtet?

Die Grenze Polens nach Litauen, Weißrussland, der Ukraine und Russland (Region von Kaliningrad) ist eine spezifische Grenze. Zwar stimmt es, dass sie in administrativer Hinsicht souveräne und unabhängige Staaten trennt, doch ihre gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung ist eine ganz andere. Diese Grenze betrifft Völker, die Jahrhunderte lang eine gemeinsame (manchmal kriegerische, manchmal friedliche) Geschichte durchlebt haben und die heute – nach dem mehr oder weniger langen Zwischenspiel des Kommunismus – zahlreiche gemeinsame Interessen wiederentdecken. Entlang dieser Grenze findet derzeit ein großer Prozess der Völkerannäherung statt, der zugleich ein Prozess der Zivilisation ist.

Gewiss ist dieser Prozess mancherorts noch fragil und unsicher. Doch die ihn inspirierenden politischen Ambitionen sind historisch begründet und politisch vertretbar.

Welches ist heute die sozioökonomische Bedeutung dieser Grenze? Auf politisch-administrativer Ebene steht die Ostgrenze Polens den Bürgern der Nachbarstaaten offen, da der Personenverkehr dort ohne Visum stattfindet. Auf wirtschaftlicher Ebene sichert der offene Charakter dieser Grenze den Grenzregionen, die übrigens auf beiden Seiten zu den ärmsten Regionen dieses Teils von Europa gehören, eine mehr oder weniger annehmbare Existenz. Die Belorussen oder die Ukrainer überschreiten diese Grenze, um Waren zu verkaufen, die die Polen erwerben und anschließend anderswo zu einem höheren Preis weiterverkaufen. Erstere kaufen bei den Polen Waren, die sie dann in ihren Ländern wieder verkaufen, wobei sie sich dank der Differenz zwischen dem Kauf- und dem Verkaufspreis ausreichende Einkünfte sichern. Zudem kommen die Belorussen oder die Ukrainer nach Polen, um Saisonarbeiten auszuführen oder um sich dort niederzulassen und eine vom Arbeitsmarkt leicht zu absorbierende Arbeitskraft zu stellen. Der Unterschied zwischen den Durchschnittsgehältern in Polen und den Gehältern in ihren jeweiligen Herkunftsländern begünstigt diese Art der Migration stark. In menschlicher Hinsicht verbessern sich die in der Vergangenheit so gespannten und konfliktreichen Beziehungen zwischen den Polen und ihren östlichen Nachbarn in bewundernswerter Weise. Transnationale Kontakte werden zunehmend intensiver; Freundschaften entstehen; Mischehen werden immer zahlreicher; Vorurteile fallen. All diese Erscheinungen, greifbare Zeichen der Fortschritte der Zivilisation, sind keine natürlichen Produkte der Geschichte. Sie sind die Ergebnisse einer bewussten Politik der offenen Grenze. Polen investiert viel, um seinen Nachbarn im Osten verständlich zu machen, dass es für sie eine positive, keinesfalls imperialistische Rolle spielen kann, eine Rolle des Beraters und des Wortführers. Polen definiert seine Rolle in dieser geostrategischen Region als diejenige einer Brücke oder eines Vermittlers zwischen dem Westen und dem Osten Europas. Es versteht seine gegenwärtige und künftige Verankerung in den westlichen Institutionen (NATO, EU) nicht etwa wie eine Flucht oder eine Trennung von dem, was es im Osten umgibt, sondern vielmehr als eine Rückversicherung und eine Verstärkung seiner strategischen Position und mithin eben gerade als eine Verbesserung seiner Handlungsfähigkeit zum Osten hin.

Polen formuliert zwei Postulate, die es als Mitglied der Europäischen Union verwirklichen möchte. Seiner Auffassung nach dürfte sein Beitritt zur Union keine Schließung seiner Ostgrenze voraussetzen, die seiner besonderen Sensibilität zuwider laufen und seine Handlungsfreiheit gegenüber seinen unmittelbaren östlichen Nachbarn reduzieren würde. Deshalb ersucht Polen um eine Neugestaltung der „Schengener Politik“ oder wird zu gegebener Zeit um eine solche Neugestaltung ersuchen, die es ihm gestatten wird, privilegierte Beziehungen zu ihnen aufrechtzuerhalten. Des weiteren ist Polen der Ansicht, die Erweiterung der Europäischen Union könne nicht definitiv an seiner Ostgrenze Halt machen. Es lehnt auf lange Sicht den Status eines *Grenzstaates* ab. Es möchte schon bald die Ukraine unter den Bewerberländern zur Europäischen Union sehen und hofft, dass sich Weißrussland früher oder später in eine politische Richtung entwickeln wird, die es auch ihm gestatten wird, sich eines Tages der Europäischen Union anzuschließen. Die Polen selbst wissen sehr genau, dass, was die Außengrenzen angeht, ihre *Ostpolitik* nicht genau mit der Politik der Europäischen Union übereinstimmt. Sie rechnen diesbezüglich mit grundlegenden Kontroversen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen. So hat der polnische Ministerpräsident kürzlich angemerkt, dass „*das Problem der (östlichen) Außengrenze der Europäischen Union eines der schwierigsten Probleme unserer Beitrittsverhandlungen mit der Union sein wird. (...) Wir müssen die*

Beitrittsvoraussetzungen auf besagtem Gebiet erfüllen. Gleichwohl werden wir Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, günstige Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn zu schaffen. (...) Wir möchten an der Ostgrenze Polens keine neue Barriere und keine neue Teilungslinie errichten“ (28).

Die Frage der künftigen Ostgrenze der Europäischen Union betrifft auch Ungarn. Auch dieses Land besitzt seine eigene Vorstellung von den Beziehungen mit seinen Nachbarn, die ebenfalls nicht ganz mit den Bestimmungen des Schengener Abkommens (durch den Amsterdamer Vertrag in den gemeinschaftlichen Besitzstand aufgenommen) übereinstimmt. Die ungarische Regierung macht ohne Umschweife deutlich, sie sei nicht gewillt, sich nach dem Beitritt administrative oder politische Maßnahmen aufzwingen zu lassen, die im Widerspruch zu der historischen Identität und den Interessen Ungarns in Bezug auf die ungarischen Minderheiten in der Slowakei, in Rumänien oder Serbien stehen.

Ein ganz ähnliches Schema spezifischer (politischer, wirtschaftlicher oder kultureller) Interessen bezüglich der Ostgrenzen trifft – mit mehr oder weniger großen oder kleinen Nuancen – auf nahezu alle Bewerberländer zu. Auch die Tschechische Republik kann gewisse spezifische Interessen in Bezug auf die Slowakei, die Slowakei in Bezug auf die Ukraine, Rumänien in Bezug auf die Ukraine und die Moldavien, Litauen in Bezug auf Lettland usw. geltend machen.

III.2- Die Erweiterung und die Frage der Souveränität

Die Politik des Übergangs in den mittel- und osteuropäischen Ländern bezeichnet eine Reihe konkreter politischer und wirtschaftlicher Reformen, entspricht jedoch auch der Bekräftigung der wiedererlangten, errungenen oder wieder errungenen nationalen Souveränität. Die Idee nationaler Souveränität (im Sinne der Freiheit und Unabhängigkeit auf der internationalen Bühne) hat zuerst die Bevölkerungen dieser Länder mobilisiert, um sich dem kommunistischen Regime zu widersetzen. Anschließend hat sie eine wichtige Rolle beim Zerfall dieses Regimes gespielt. Schließlich hat sie die Legitimation der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Reformpolitiken erleichtert. Diese Idee ist zu einem wesentlichen Bestandteil des neuen politischen Bewusstseins geworden.

Die Aufwertung der Souveränitätsidee in den postkommunistischen Ländern, so verständlich sie auch im Kontext ihrer historischen Erfahrungen sein mag, erscheint hingegen paradox im Lichte der politischen Entwicklung der heutigen Welt, wie auch im Lichte der Hoffnung dieser Länder, sich den internationalen Strukturen anzuschließen, die den Begriff der Souveränität selbst in gewisser Weise relativieren. Denn die Globalisierung, die westliche und mittel- und osteuropäische Länder gleichermaßen berührt, bedeutet u.a. die komplexe und verschachtelte Aktion zahlreicher wirtschaftlicher Faktoren, welche die regulierenden Fähigkeiten oder Möglichkeiten der Staaten erheblich einschränken. Andererseits ist die europäische Integration ein Prozess, der die gemeinsame Ausübung der Souveränität durch die Mitgliedstaaten voraussetzt, was das souveräne Handeln zwangsläufig in eine politische Kunst besonderer Art verwandelt. Im einen wie im anderen Fall bleiben die Staaten autonome politische Akteure, räumen jedoch ein, dass ihr politisches Handeln stärker auf Kooperationen und verschiedenen Kompromissen, als auf dem strengen Willen beruht, der den vorgeblichen historisch bedingten nationalen Egoismen entspringt. Nun scheint es, dass das Souveränitätsverständnis in den mittel- und osteuropäischen Ländern die heutigen Theorien

und die heutige Praxis hinsichtlich der internationalen Politik und die Funktionsweise der supranationalen europäischen Strukturen gleichermaßen ignoriert.

Das Festhalten an der Souveränität, das Hand in Hand mit dem Willen geht, der Europäischen Union beizutreten, verleitet die mittel- und osteuropäischen Länder dazu, hinsichtlich der Souveränität eine ambivalente oder obskure Rhetorik und Denkweise zu entwickeln. Diesbezüglich erweist sich die Analyse der polnischen politischen Reden als besonders instruktiv. 1998 sprach sich der polnische Senat in einer EntschlieÙung zugunsten der europäischen Integration und des Beitritts Polens zur Europäischen Union aus, betonte jedoch ganz besonders seine Überzeugung, dass *„sich die Europäische Gemeinschaft weiterhin entwickeln wird, indem sie die äußere und innere Souveränität der Völker und der Mitgliedstaaten achten wird, und dass sich die Rolle der supranationalen Institutionen ausschließlich auf die Durchführung der von den Regierungen der souveränen Staaten beschlossenen Politik beschränken wird“*, und dass *„der souveräne Nationalstaat Hauptsubjekt des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens in der Europäischen Union bleiben wird“* (29). 1999 veröffentlichte die Gewerkschaft *Solidarnosc* eine Erklärung über die europäische Integration, um u.a. mitzuteilen, sie teile *„die Konzeption der Europäischen Union als wirtschaftliche, soziale und politische Union der Staaten, die ihre internen politischen und sozialen Probleme ihren eigenen Traditionen gemäß regeln“* (30). Schließlich versicherte der ehemalige polnische Außenminister B. Geremek unlängst, Polen sollte als Mitglied der Europäischen Union seine wirtschaftliche Souveränität beibehalten und eine souveräne Außenpolitik führen. Polen, sagt er, kann Bündnisse in Bezug auf die Sicherheitspolitik schließen, da solche Bündnisse die Souveränität stärken, doch *„die Außenpolitik ist Ausdruck der Souveränität von entscheidender Bedeutung, was impliziert, dass sie ein eigenes Gebiet bleibt“*(31).

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die polnischen Reaktionen auf die viel beachtete Rede von J. Fischer über die Zukunft der europäischen Integration festzuhalten. Wie man sich denken konnte, waren diese Reaktionen allgemein negativ. Die Idee einer mit einer Verfassung und einem starke supranationale Elemente enthaltenden institutionellen System ausgestatteten europäischen Föderation hat das polnische Verständnis der Souveränität und der Europäischen Union offensichtlich gestört. A. Michnik, ein glühender Pro-Europäer in Polen, zögerte nicht, dem deutschen Außenminister vorzuwerfen, auf gefährliche Weise zu schnell voranzuschreiten und zu weit zu gehen und *„diejenigen Leute“* zu beunruhigen, *„die jahrelang von der Unabhängigkeit Polens träumten und viel gelitten hatten, um diese Unabhängigkeit zurückzuerobern“*. Er schreibt *„Deshalb denke ich, trotz der visionären Fähigkeit des deutschen Ministers, dass ich bis zu meinem Tod Bürger Polens sein werde. Natürlich werde ich Bürger eines der Europäischen Union angehörenden Polens sein“* (32).

KAPITEL IV – DIE DOKTRIN DES BEITRITTS ZUR EUROPÄISCHEN UNION DER MITTEL- UND OSTEUEROPÄISCHEN LÄNDER

Keines der Bewerberländer legt eine offizielle und konzeptuell erarbeitete Doktrin dar, die seine Politik des Beitritts zur Europäischen Union inspiriert und rechtfertigt. Man kann indessen einige Elemente einer solchen Doktrin erkennen, indem man die Äußerungen oder die Reaktionen dieser Länder auf die verschiedenen Ereignisse oder auf die verschiedenen westlichen Meinungen bezüglich der Europäischen Union oder der europäischen Integration allgemein analysiert.

IV.1- Die Wahrnehmung der Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Ländern

In den Neunzigerjahren wurde die Europäische Union in den mittel- und osteuropäischen Ländern vor allem als ein Anziehungspunkt und eine Struktur wirtschaftlicher Integration gesehen. Diese Wahrnehmung resultierte in gewisser Weise aus einer besonderen Interpretation der Lage Europas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, der zufolge der Alte Kontinent nunmehr der Schauplatz zweier großer Integrationsprozesse sein würde. Der eine wäre wirtschaftlicher und der andere politischer Natur. Ersterer werde durch die und dank der Europäischen Union erfolgen, während der zweite durch das atlantische Bündnis unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten stattfinden werde. Diese Theorie hält sich auch heute noch in gewissen politischen Kreisen der mittel- und osteuropäischen Länder, hat jedoch besonders in Polen, in der Tschechischen Republik und in Ungarn nach deren Beitritt zum Atlantischen Bündnis viel von ihrer Überzeugungskraft verloren. Nun scheinen diese Länder zu entdecken, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine politische Gemeinschaft ist. Dennoch behalten sie hinsichtlich der politischen Integration im Rahmen der Europäischen Union weiterhin äußerste Vorsicht bei.

Unabhängig von diesem besonderen Aspekt wird die Europäische Union in den mittel- und osteuropäischen Ländern allgemein wie eine geistige Gemeinschaft oder eine Wertegemeinschaft wahrgenommen, die das Kulturerbe der europäischen Zivilisation ausdrückt und fortführt (dieser Denkansatz herrscht bei den politischen Eliten vor), und wie ein Raum des wirtschaftlichen Wohlstands und des allgemeinen Wohlbefindens (dieser Denkansatz herrscht bei den breiteren Gesellschaftsschichten vor). In beiden Fällen handelt es sich um geistig oder politisch oberflächliche Wahrnehmungen. Sie ignorieren die Strukturen und die Funktionsmechanismen der Europäischen Union. Sie neigen – jede auf ihre Weise – dazu, die europäische Integration zu mystifizieren.

IV.2- Warum der Europäischen Union beitreten ?

Warum lieber etwas als nichts tun? Eine solche Frage ist niemals überflüssig. Sie sollte stets die Handlungen der Menschen begleiten, nicht etwa um Skepsis zu verbreiten, sondern um das Bewusstsein, das diese Handlungen inspiriert oder leitet, klar, intelligent und verantwortungsvoll zu machen. Wenn es stimmt, dass „*Menschen Geschichte machen, aber die Geschichte, die sie machen, nicht kennen*“, erscheint es wünschenswert, dass Geschichte machende Menschen bestrebt sind, soviel wie möglich darüber zu wissen.

Warum also der Europäischen Union beitreten? Ganz allgemein rechtfertigen die mittel- und osteuropäischen Länder ihren Willen zum Beitritt zur Europäischen Union auf drei Arten: durch Vorstellungen kultureller Art, wirtschaftlicher Art und politischer Art. Sie sind der Auffassung, dass ihnen die Tatsache, der europäischen Zivilisation anzugehören und das kulturelle Erbe Europas zu teilen, sozusagen ihrer Natur nach die Veranlagung mitgibt, Teil der Union als dem historischen Produkt der gemeinsamen europäischen Werte zu sein. Deshalb identifizieren sie ihren Beitritt zur Europäischen Union mit „einer Rückkehr zu Europa“. Aus wirtschaftlicher Sicht wird der Beitritt zur Europäischen Union in den mittel- und osteuropäischen Ländern wie eine doppelte Notwendigkeit betrachtet: zunächst, weil die Europäische Union in den letzten Jahren zu ihrem Haupthandelspartner geworden ist, sodann, weil der Beitritt eine wirtschaftliche Dynamik mit sich bringen und ein für das Wirtschaftswachstum günstiges politisches Klima schaffen sollte, sei es durch Direktinvestitionen, sei es durch im Rahmen der Solidaritätspolitik vorgesehene Gemeinschaftsmittel. Aus politischer Sicht betrachten die mittel- und osteuropäischen Länder ihren Beitritt zur Europäischen Union als Verwirklichung ihres moralischen und historischen Rechts, voll an der Bestimmung der europäischen Politik teilzuhaben und über die europäische Integration und das Geschick ganz Europas mitzuentcheiden.

IV.3- Welcher Europäischen Union beitreten ?

Die Häufigkeit und die rhetorische Kraft der Worte, derer sich die mittel- und osteuropäischen Länder bedienen, um ihre Beitrittsmotive vorzubringen, kontrastieren indessen stark mit der zugleich quantitativen wie qualitativen Armut ihrer Äußerungen über die Zeit nach dem Beitritt und über die Politik, die sie eventuell als Mitgliedstaaten betreiben möchten. Es gibt in diesen Ländern keine intellektuelle Debatte zu diesem Thema. Die Regierungen sprechen es nicht offiziell an, wenn sie nicht dazu gezwungen sind. Dann aber tun sie es widerwillig und verwenden diesbezüglich vage und für alle möglichen Fälle gültige Ausdrücke. Polen rechtfertigt sein Zögern auf diesem Gebiet, indem es die Ansicht vertritt, es habe sich nicht zu den künftigen Orientierungen der europäischen Integration oder den künftigen institutionellen Formen der Europäischen Union zu äußern, da es ja nicht Mitglied sei. Diese Haltung ist jedoch lediglich ein diplomatisches Ausweichmanöver. Im Grunde erwächst sie aus der Befürchtung, die Offenlegung der polnischen Prioritäten und Interessen hinsichtlich der europäischen Integration könnte als eine Stellungnahme – entweder zugunsten dieser oder jener oder aber gegen diese oder jene andere Vision der Zukunft der Europäischen Union, wie sie derzeit von gewissen Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland und Frankreich – diskutiert werden, interpretiert werden. Dies könnte diese Staaten eventuell entmutigen, den Beitritt Polens zur Europäischen Union zu unterstützen, sollten sie in diesen polnischen Konzeptionen eine wesentliche Divergenz zu ihren eigenen, ja sogar eine Bedrohung der Verwirklichung ihrer eigenen Interessen sehen. Ist eine solche Befürchtung gerechtfertigt? Ist sie aufrichtig? Drückt sie nicht die merkwürdige Situation aus, in der die Psychologie die Politik ersetzt oder verhindert?

Allgemein gesehen möchten die mittel- und osteuropäischen Länder einer starken und effizienten Europäischen Union beitreten, sagen jedoch nichts oder nur sehr wenig und dies sehr vage über die institutionellen und politischen Voraussetzungen einer solchen Union. So versichert beispielsweise ein hochrangiger Vertreter der polnischen Regierung, dass sein Land „einer starken, kohärenten und solidarischen Union angehören möchte, die fähig ist,

ehrgeizige politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ziele zu verfolgen“ (33). Nun möchten dies aber alle Mitgliedsländer der Union und alle Beitrittskandidaten zur Union ebenfalls und trotz alledem gibt es noch immer Probleme. Die Europäische Union bleibt eine zerbrechliche Konstruktion.

Welches sind die konkreten Vorstellungen der mittel- und osteuropäischen Länder im Bereich der europäischen Integration? Welches Europa, welche Europäische Union möchten sie jetzt bzw. in Zukunft aufbauen? Es scheint möglich, einige wesentliche Elemente der europäischen Konzeptionen dieser Länder zu entziffern, indem man einerseits ihre anlässlich der dem Gipfel von Nizza vorausgehenden Regierungskonferenz gemachten Äußerungen aus jüngster Zeit analysiert und andererseits ihre Reaktionen auf die jüngsten Fortschritte der Europäischen Union im Bereich der Gemeinsamen Außenpolitik und der europäischen Verteidigungsidentität untersucht.

Vom portugiesischen Vorsitz aufgefordert, sich zu den institutionellen Reformen zu äußern, präsentierten die Bewerberländer im Februar 2000 offiziell ihre jeweiligen diesbezüglichen Haltungen. Die drei Länder, die uns hier am meisten interessieren, Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, regten in diesem Zusammenhang zunächst an, die Aufgabe der Regierungskonferenz darauf zu beschränken, die drei vom Amsterdamer Vertrag in der Schwebe gelassenen Fragen zu regeln. Bezüglich der Zusammensetzung der Europäischen Kommission betonten sie, jeder Mitgliedstaat müsse das Recht haben, einen Kommissar zu bestimmen. Hinsichtlich der Neugewichtung der Stimmen im Ministerrat sprach sich Polen für die Beibehaltung des demographischen Kriteriums als Hauptkriterium sowie für eine Stimmengewichtung aus, die ein Gleichgewicht zwischen den großen und den kleinen Staaten gewährleistet. Ungarn brachte seine Unterstützung für eine Stimmenwägung zum Ausdruck, welche die derzeitigen demographischen Verhältnisse besser reflektiert, zugleich jedoch eine relative Überrepräsentation der kleinen Staaten bewahrt. Die Tschechische Republik sprach lediglich die Hoffnung aus, dass die Regierungskonferenz zu diesem Thema realistische Vorschläge unterbreiten werde. Bezüglich der Ausweitung der qualifizierten Mehrheit bei der Beschlussfassung des Rates zeigten sich die mittel- und osteuropäischen Länder besonders vorsichtig. Polen schlug vor, jeglicher Änderung in diesem Bereich solle eine genaue Prüfung der die Einstimmigkeit vorsehenden Bestimmungen der gegenwärtigen Verträge vorausgehen. Aus polnischer Sicht sollte die Forderung der Einstimmigkeit für sämtliche Entscheidungen in Bezug auf Themen von konstitutionellem Rang, wie Änderungen der Verträge, Erweiterung der Union, Ernennungen in wichtige Positionen, System der Eigenmittel der Europäischen Union sowie in Bezug auf alle Fragen von lebenswichtiger Bedeutung für die Mitgliedstaaten beibehalten werden. Ungarn äußerte sich ebenfalls zugunsten einer Ausweitung der qualifizierten Mehrheit, schlug jedoch auch vor, die Einstimmigkeit in allen Fragen von konstitutioneller Bedeutung oder lebenswichtiger Bedeutung für die Mitgliedstaaten beizubehalten. Ohne die Notwendigkeit einer Erweiterung des Katalogs derjenigen Beschlüsse zu bestreiten, die mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können, zog es die Tschechische Republik vor, die Erläuterungen zu ihrer Haltung bezüglich dieses Punktes auf später zu verschieben. Schließlich regten die drei Länder an, die Frage der „verstärkten Zusammenarbeit“ nicht im Rahmen der Regierungskonferenz zu behandeln. Für den Fall, dass diese Frage entschieden werden sollte, schlug Polen vor, die Diskussion im Rahmen der Regierungskonferenz auf die Anwendung der „verstärkten Zusammenarbeit“ auf der Grundlage des Vertrags von Amsterdam zu beschränken.

Die Frage der „verstärkten Zusammenarbeit“ ruft in den mittel- und osteuropäischen Ländern, vor allem in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn, besondere Befürchtungen hervor. Als einziges Bewerberland ist Bulgarien der Ansicht, die Mechanismen der „verstärkten Zusammenarbeit“ könnten zugleich die Vertiefung und die Erweiterung der Europäischen Union erleichtern.

In Polen ist man der Auffassung, die Formel der „verstärkten Zusammenarbeit“ berge ein Risiko (wenn nicht den Willen), die erweiterte Europäische Union in zwei Klassen von Staaten zu teilen, indem man Staaten, die an gewissen „Kooperationen“ nicht teilnehmen, zu Mitgliedstaaten zweiter Kategorie macht. Man sieht in diesem Land kein positives Verhältnis zwischen der Differenzierung der europäischen Integration und der Osterweiterung der Europäischen Union oder will dieses nicht sehen. Die Polen neigen zu der Annahme, die „verstärkte Zusammenarbeit“ könne als ein Instrument der Diskriminierung gegenüber wirtschaftlich schwächeren Mitgliedstaaten benutzt werden (34), oder diese besondere Art der Integration sei absichtlich konzipiert worden, um die mittel- und osteuropäischen Länder an der Mitentscheidung über die Zukunft der europäischen Integration zu hindern (35). In einem im Juli 2000 an die Regierungskonferenz gerichteten Dokument verleiht die polnische Regierung ihrer Überzeugung Ausdruck, die Bestimmungen des Amsterdamer Vertrags über die „verstärkte Zusammenarbeit“ seien vollkommen ausreichend. Sollte die Regierungskonferenz aber dennoch beschließen, diese Bestimmungen zu ändern, müsse sie folgende Grundsätze berücksichtigen: *„eventuelle verstärkte Kooperationen dürfen nicht zur Entstehung einer Gruppe von Staaten führen, die nicht voll an dem dynamischen Fortschritt der europäischen Integration teilhaben; ... und in keinem Fall dürfte dies zum Ausschluss künftiger Mitgliedstaaten von wichtigen neuen Maßnahmen der Zusammenarbeit führen“* (36).

Ein weiterer sensibler Punkt der Beitrittsdoktrin der mittel- und osteuropäischen Länder betrifft die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Frage der europäischen Verteidigungsidentität. Im allgemeinen waren die Reaktionen dieser Länder auf die bei den Gipfeln von Köln (Juni 1999) und Helsinki (Dezember 1999) gefassten Beschlüsse, die unter anderem die Einrichtung einer europäischen Eingreiftruppe vorsahen, sehr zurückhaltend. In Polen sind die politische Klasse und die öffentliche Meinung der Auffassung, die gemeinsame europäische Verteidigungsidentität sei eine Initiative, die im Grunde darauf abzielt, das Atlantische Bündnis zu schwächen und langfristig den Rückzug der Vereinigten Staaten vom europäischen Kontinent zu bewirken. Hier benutzt die polnische Diplomatie eine weniger ausdrucksstarke und nuanciertere Sprache, teilt jedoch völlig diese Haltung (Besorgnis). Polen versäumt keine Gelegenheit, die segensreiche Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in der weltweiten und europäischen Sicherheitspolitik zu unterstreichen. In dem weiter oben angeführten polnischen Dokument legt man der Europäischen Union nahe, die Debatte über die Ausweitung einer Anwendung der Formel der „verstärkten Zusammenarbeit“ auf den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auf später zu verschieben (37). Auch die Tschechische Republik äußert einen bedeutsamen Vorbehalt in Bezug auf die europäische Integration im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Sie meint, dass *„die Europäische Union geeignete Mittel besitzen müsste, um auf Ereignisse zu reagieren, die in ihrer unmittelbaren strategischen Umgebung eintreten und ihre Stabilität und Sicherheit gefährden könnten, doch dies dürfte keinesfalls zur strategischen Emanzipation der Europäischen Union oder zur Verringerung der amerikanischen strategischen Herrschaft auf dem europäischen Kontinent führen“* (38).

IV.4 – Die Methode der Erweiterung aus der Sicht der mittel- und osteuropäischen Länder

Das derzeitige politische Klima zwischen der Europäischen Union und den Bewerberländern wie Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn ist sehr gespannt. Es wird einerseits durch ein aggressives Misstrauen dieser Länder gegenüber den gegenwärtigen gemeinschaftlichen Schritten gekennzeichnet, die darauf abzielen, die europäische Integration institutionell zu konsolidieren, und andererseits durch eine Unzufriedenheit hinsichtlich der eigentlichen Erweiterungspolitik.

Die Einberufung der Regierungskonferenz 2000, die Entscheidung, die Beitrittsverhandlungen mit neuen Bewerberländern (Litauen, Lettland, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Malta) einzuleiten, sowie die kürzlich gehaltenen Reden eminenter westlicher Politiker (J. Delors, J. Fischer, J. Chirac usw.) über die Zukunft der europäischen Integration – all diese Ereignisse werden in den mittel- und osteuropäischen Ländern als Erfindungen oder bewusste Schritte zur Verlangsamung des Erweiterungsprozesses interpretiert. Das bildet für diese Länder einen um so stärkeren Anreiz, ein präzises und baldiges Datum für ihren Beitritt zu fordern.

Die Formel der „verstärkten Zusammenarbeit“ und alle institutionellen Vorschläge, die die Schaffung einer integrationistischen Avantgarde nahe legen, werden in Mittel- und Osteuropa als Manöver betrachtet mit dem das Ziel verfolgt wird, für die Bewerberländer juristisch die Zugehörigkeit zu einer zweiten Klasse innerhalb der Europäischen Union einzuführen. Deshalb bestehen diese Länder darauf, in der Europäischen Union als Mitglieder zugelassen zu werden, die vom ersten Tag ihres Beitritts hinsichtlich der Teilnahme an den Entscheidungen über die Zukunft Europas gleiche Rechte besitzen.

Polen zeigt eine besondere Sensibilität gegenüber jedem Vorschlag, der darauf hinausläuft, die Zulassung der neuen Staaten der Europäischen Union individuell zu erwägen, gemäß den Fortschritten in der Übernahme und der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands. Es lehnt die Hypothese ab, nicht zur Gruppe der ersten neuen Mitgliedstaaten zu gehören. Es vertritt die Auffassung, dass die Erweiterung in einem solchen Fall ihren Sinn verlieren würde.

In den mittel- und osteuropäischen Ländern wird die Freizügigkeit der Personen innerhalb der Europäischen Union vor allem als Frage der politischen Qualität der Mitgliedschaft betrachtet. Jeder Übergangszeitraum auf diesem Gebiet wird mit der – definitionsgemäß inakzeptablen – Zugehörigkeit zur zweiten Klasse gleichgesetzt. Der Vorschlag, an der polnisch-deutschen Grenze eine Passkontrolle so lange beizubehalten, wie die Ostgrenze dieses Landes nicht den Gemeinschaftsnormen entspricht, hat in Polen Entrüstung und praktisch eine Revolte ausgelöst. Dieser Vorschlag wurde als ein Element der Strategie der Europäischen Union interpretiert, die darin bestehe, Polen den Rang eines Mitgliedstaates zweiter Klasse zuzuweisen.

Die Europäische Union und die Bewerberländer sprechen bezüglich der Erweiterung oder des Beitritts nicht dieselbe Sprache. Die europäischen Kommissare, die sich mehr oder weniger regelmäßig mit Koffern voll gemeinschaftlichem Besitzstand in Warschau einfinden, lösen bei den Polen Erstaunen, Lachen und zuweilen Zorn aus. Die Polen, die in diesem oder jenem Büro der Europäischen Kommission oder den westlichen diplomatischen Salons verkehren, rufen bei ihren Gesprächspartnern oder Partnern ebenfalls Erstaunen, Lachen oder zuweilen

Zorn hervor. Das ist ein sehr schlechtes Zeichen, für die Erweiterung der Europäischen Union ebenso wie für die europäische Integration allgemein.

Die mittel- und osteuropäischen Länder erzwingen die Erweiterung der Europäischen Union mit allen nur möglichen rhetorischen Mitteln. So zögerte beispielsweise der ungarische Regierungschef nicht, unlängst einen Satz auszusprechen, der es Wert ist, dass man sich kurz damit befasst. *„Wenn das Datum des Beitritts meines Landes zur Europäischen Union beim europäischen Gipfel in Nizza nicht festgelegt wird, könnte sich Ungarn auch ein Leben außerhalb der Europäischen Union vorstellen“* (39). Auch Polen kann diesbezüglich energisch werden. Nach den Worten des Präsidenten dieses Landes muss die Erweiterung schon bald stattfinden, ab dem 1. Januar 2003, sonst werde es ernste politische Probleme geben. Es werde ein Anwachsen des Nationalismus und der antieuropäischen Extremismen geben. In Mittel- und Osteuropa werden die Leute sagen: *„Sie haben uns wieder bestraft“* (40). Offensichtlich ruft die Erweiterung in den mittel- und osteuropäischen Ländern starke politische Emotionen hervor. Diese Reaktionen liefern uns den Beweis dafür, dass wir uns einem spezifischen politischen Prozess gegenübersehen. Zudem bestätigen sie die grundlegende politische Schwäche der mittel- und osteuropäischen Länder, eine Schwäche, die darin besteht, institutionalisiertes politisches Handeln in Begriffen politischer Psychologie zu betrachten.

IV.5 – Fragestellungen und Widersprüche

Die Haltung der mittel- und osteuropäischen Länder gegenüber der Europäischen Union kann zahlreiche intellektuelle und politische Fragen aufwerfen; sie ist nicht frei von Widersprüchen. Wenn diese Länder sich für eine starke und effiziente Europäische Union aussprechen, verstehen sie darunter meist die wirtschaftliche Kraft und Effizienz. Zwar möchten sie auch eine Ausstattung der Europäischen Union mit starken und effizienten Institutionen, bestehen jedoch gleichzeitig auf der nationalen Souveränität als einem Wert, der durch die europäische Integration nicht in Frage gestellt werden darf. Besonders reserviert sind diese Länder hinsichtlich der politischen Integration (Außen- und Sicherheitspolitik, Verteidigung, Demokratisierung der Union, Europäisierung der politischen Parteien, transnationale Wählerlisten usw. ...).

Polen hätte gern, dass die Erweiterung nicht an seiner Ostgrenze Halt macht. Gleichzeitig widersetzt es sich der Einführung von Mechanismen der differenzierten Integration. Es kritisiert die Ausweitung der Beitrittsverhandlungen auf die neuen Bewerberstaaten, zu denen beispielsweise Litauen gehört, während es sich in anderen Zusammenhängen jedoch als Sprecher der litauischen Interessen in Sachen Beitritt präsentiert.

Die mittel- und osteuropäischen Länder möchten aktiv an der Erarbeitung der Projekte über die Zukunft Europas teilnehmen, sie möchten über die Zukunft Europas mitentscheiden, man weiß indessen nicht, an welche Union, an welches Europa sie denken, wenn sie von der europäischen Integration sprechen. Entweder haben sie diesbezüglich keine Vorstellungen, oder aber sie möchten sie nicht kundgeben. Bereits seit Jahren entwickeln und diskutieren die westlichen Politiker unterschiedliche Konzeptionen über die europäische Integration. Diese Konzeptionen bleiben in den mittel- und osteuropäischen Ländern ohne Antwort. Ja sie werden in diesen Ländern nicht einmal durch die Öffentlichkeit ernsthaft diskutiert. Die

einzigste Ausnahme bildet V. Havel, doch seine Worte – so interessant sie auch sein mögen – entfernen sich rasch zu den dunklen Horizonten eines zwar sympathischen, doch politisch wenig nützlichen Moralismus.

KAPITEL V – DIE BEITRITTSPOLITIK DER MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN LÄNDER

Die mittel- und osteuropäischen Länder führen die Beitrittsverhandlungen nach gut ausgearbeiteten strategischen Konzepten. Parallel hierzu entfalten sie diplomatische Tätigkeiten auf bilateraler Ebene mit dem Ziel, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dahingehend zu beeinflussen, dass sie raschen Beitritten zustimmen. Ganz offensichtlich besitzen die Bewerberländer eine nach außen – d.h. zugleich auf die Institutionen der Europäischen Union und auf deren Mitgliedstaaten – gerichtete Beitrittspolitik. Doch besitzen sie auch eine auf ihre eigenen Gesellschaften gerichtete Beitrittspolitik, die sich an ihre Bürgerinnen und Bürger wendet? Wenn ja, welches ist der Inhalt und welches sind die institutionellen Formen dieser Politik?

Man muss nun feststellen, dass die mittel- und osteuropäischen Länder im Hinblick auf ihren Beitritt zur Europäischen Union zunächst eine rein diplomatische Herangehensweise gewählt haben. Sie haben ihre jeweiligen Handlungsstrategien in gut abgeschotteten Kabinetten erarbeitet und ihre Verhandlungspositionen mit besonderer Geheimhaltung umgeben. Die an diesem Thema interessierten Bürgerinnen und Bürger hatten sich nicht in diese Beitrittspolitik einzumischen, wenngleich diese sie betraf. Diese interne Politik der „Staatsräson“ hat zu einer paradoxen Situation geführt. So bildete beispielsweise das, was für die polnische Gesellschaft gleichsam Staatsgeheimnis war, dem Wesen der Sache nach den Gegenstand offener Diskussionen innerhalb der Gemeinschaftsinstitutionen und folglich den Gegenstand von Kommentaren in der westlichen Presse. So konnten die polnischen Bürger über die Verhandlungspositionen Polens und über den Verlauf der Beitrittsverhandlungen sehr viel besser durch die westliche Presse oder durch die Dokumente der Europäischen Kommission informiert werden, als durch die polnische Presse oder die offiziellen Dokumente der polnischen Regierung. In einer vergleichbaren Lage befanden sich auch die tschechischen oder ungarischen Bürger. Erst in jüngster Zeit – und auf Initiative der Europäischen Union selbst – enthüllten die polnische, tschechische oder ungarische Regierung ihren Bürgern ihre Verhandlungspositionen. Kürzlich durchgeführten Umfragen zufolge beläuft sich der Prozentsatz polnischer Bürger, die der Meinung sind, über den politischen Inhalt und den Verlauf der Beitrittsverhandlungen nicht ausreichend informiert zu sein, auf 73%. Es wäre aber inkorrekt, nicht anzumerken, dass die polnische Regierung in der Zwischenzeit große Anstrengungen unternommen hat, um die Bürger darüber entsprechend zu informieren.

Umfrage in Polen (1999) : wie bin ich über die Beitrittsverhandlungen informiert ?

sehr gut	3%
gut	20%
wenig	46%
sehr wenig	27%
ohne Meinung	4%

Quelle: Institut für öffentliche Angelegenheiten ; in: L. Kolarska-Bobinska (Red.), Die europäische Debatte in Polen, Warschau, 1999, S. 20

V.1- Die Informationspolitik

Die Politik der Information über die europäische Integration und die Erweiterung der Europäischen Union lässt in den mittel- und osteuropäischen Ländern viel zu wünschen übrig. In Polen hat die Regierung ein breit angelegtes Informationsprogramm eingeleitet und ein Netz regionaler Informationszentren eingerichtet. Dennoch stellt man fest, dass die ersten Ergebnisse dieses Programms (Konferenzen, Broschüren usw.) eher enttäuschend ausfallen (41). Die Qualität der bereitgestellten Information wird als mittelmäßig beurteilt. Dieser Aktion gelingt es nur selten, Berufsgruppen wie Landwirte, Handwerker, Arbeitgeber kleiner und mittlerer Unternehmen zu erreichen, für die der rasche Beitritt Polens zur Europäischen Union weit davon entfernt ist, klar auf der Hand zu liegen. Jedenfalls liefert dieses Programm keine Antwort auf die Frage, die die oben erwähnten sozialen Kategorien wirklich interessiert, nämlich diejenige nach den eventuellen – unmittelbaren oder späteren – negativen Folgen des Beitritts zur Europäischen Union für die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der kleinen industriellen, landwirtschaftlichen und handwerklichen Produktion. Schwerpunkt der offiziellen Information ist fast ausschließlich die Präsentation der positiven Auswirkungen und der wirtschaftlichen Vorteile, die die Zugehörigkeit zur Europäischen Union dem Land bringen wird.

In Ungarn findet man diesbezüglich eine ganz ähnliche Situation. So sagen beispielsweise die ungarischen Gewerkschaften offen, bereits viel über die Vorteile gehört zu haben, die der Beitritt zur Europäischen Union für Ungarn mit sich bringen wird. Sie würden jedoch gern die sozialen Kosten dieses historischen Vorgangs kennen. Sie werfen der ungarischen Regierung und der Europäischen Kommission gleichermaßen vor, sie nicht über die eventuellen negativen Folgen des Beitritts aufklären zu wollen. Sie möchten zumindest Methoden der Analyse und der Prognose bezüglich der Entwicklung der Gehälter, des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit infolge der Beseitigung der Schranken für die Freizügigkeit der Personen und den freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erhalten. Diese Kritik der ungarischen Gewerkschaften entspringt nicht etwa irgendeiner Skepsis oder einer grundlegend antieuropäischen Haltung. Ganz im Gegenteil sprechen sich die ungarischen Gewerkschaften in vorbildlicher Weise zugunsten eines raschen Beitritts ihres Landes zur Europäischen Union aus und handeln auch entsprechend. Sie sind lediglich bestrebt, diesen entscheidenden historischen Prozess zu meistern. Ähnliche Bemerkungen kommen von den ungarischen Arbeitgeberorganisationen, die die kleinen und mittleren Industrie- oder Handelsunternehmen vertreten. Die Arbeitgeber der kleinen und mittleren Unternehmen in Ungarn fürchten, der rasche Beitritt – innerhalb einer durch die Regierung vorgesehenen Frist – ihres Landes zur Europäischen Union könnte ihre Existenz bedrohen. Sie sind noch nicht ausreichend darauf vorbereitet, im Rahmen des europäischen Binnenmarktes tätig zu werden.

Des weiteren fürchten auch die polnischen kleinen und mittleren Unternehmen den internationalen Wettbewerb nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Die polnischen Landwirte wünschen sogar, dieser Beitritt möge so spät wie möglich erfolgen, in der Hoffnung, ihre Betriebe in der Zwischenzeit strukturell konsolidieren und sich darauf vorbereiten zu können, sich dem westlichen Wettbewerb zu stellen. In den gerade angeführten ungarischen oder polnischen Fällen handelt es sich keineswegs um antieuropäische oder integrationsfeindliche Haltungen. Zwar gibt es auch solche Haltungen in diesen Ländern, doch sie interessieren uns hier nicht. Die oben erwähnte Kritik der Gewerkschaften oder die Befürchtungen der Arbeitgeber drücken eine rationelle und vernünftige Haltung aus, die darin besteht, alle Auswirkungen – sowohl positiver wie negativer Art – und besonders die sozialen

und wirtschaftlichen Risiken der Osterweiterung der Europäischen Union kennen zu wollen, um sich angemessen darauf vorbereiten zu können, im Rahmen des großen europäischen Marktes zu handeln und ihre Handlungsformen und –strategien dem Wettbewerb und der paneuropäischen wirtschaftlichen Öffnung anpassen zu können (42). Die vorausschauenden Analysen könnten auch dazu beitragen, die mitunter irrationalen Ängste bezüglich der Auswirkungen des Beitritts zur Europäischen Union auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu zerstreuen. Einer kürzlich durchgeführten Umfrage zufolge befürchten 44% der Polen, der Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union könne zum Konkurs der kleinen und mittleren Unternehmen führen. 40% der Polen glauben, die polnische Wirtschaft werde der europäischen Konkurrenz nicht standhalten können (Warschau, OBOP, vom 16. bis 18. Oktober 1999). Andere Umfragen liefern ähnliche Ergebnisse.

Umfrage : Werden die polnischen Unternehmen fähig sein, dem Wettbewerb innerhalb des europäischen Binnenmarktes standzuhalten ?

Ja	12%
Ja, unter der Voraussetzung, dass man ihnen lange Schutzzeiten gewährt	39%
Nein, zahlreiche unter ihnen werden in Konkurs gehen	38%
Ohne Meinung	11%

Quelle: Institut für öffentliche Angelegenheiten, Warschau, in : L. Kolarska-Bobinska (Red.), Die europäische Debatte in Polen, Warschau, 1999, S. 18

Die Informationspolitik der mittel- und osteuropäischen Länder bezüglich der europäischen Integration kann noch aus einem anderen Grund Zweifel aufkommen lassen. Methodologisch ist sie auf die Überzeugung zugunsten des Beitritts ausgerichtet. Im Grunde genommen zielt sie sehr viel mehr darauf ab, die Gemüter zu überzeugen und zu beruhigen, als sie aufzuklären, indem sie intellektuelle und politischen Debatten über die Europäische Union und ihre Osterweiterung anregt. Sie unterschätzt die intellektuelle Wendigkeit, welche die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas kulturell auszeichnet und sie durchaus dazu befähigt, autonome Entscheidungen zu treffen. Zwar haben diese Gesellschaften eine Schwäche für symbolische Gesten und vereinfachte historische Bilder und nehmen die rationale Argumentation spontan mit einem gewissen Misstrauen und ironischer Skepsis auf. Doch eben genau das definiert ihre Art, eine Debatte einzuleiten. Die diskursive Kultur der Gesellschaften Mittel- und Osteuropas drückt sich häufig durch intellektuell befremdliche und überraschende Umwege aus, mündet jedoch früher oder später in vollkommen rationalen Schlussfolgerungen. Deshalb kann man die Wirksamkeit einer in der Art einer kommerziellen Werbung gestalteten Informationspolitik anzweifeln. Um auf Polen zurückzukommen: das große Programm der Regierung zur Information der Gesellschaft über die europäische Integration und den Beitritt Polens zur Europäischen Union wurde lanciert, um zumindest die diesbezügliche wachsende Skepsis der Polen aufzuhalten. Dennoch geht die Unterstützung der Polen für einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union weiter zurück.

V.2- Die Beteiligung der gesellschaftlichen Akteure an der Politik

Die Beteiligung der Vertreter der Zivilgesellschaft an der Beitrittspolitik der mittel- und osteuropäischen Länder ist relativ neu. Erst seit kurzem können die Vertreter der

Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie andere Vertreter der Gesellschaft in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn (auf Einladung) an den Arbeiten der innerhalb der Regierung bestehenden Sonderausschüsse teilnehmen, die thematisch sämtliche Kapitel der Beitrittsverhandlungen abdecken. Diese Lösung gestattet der Regierung, sich über die Meinungen der Gesellschaft zu diesem oder jenem Aspekt der Beitrittspolitik zu informieren und dabei den Vertretern der Gesellschaft zugleich Gelegenheit zu bieten, sich besser über die Themen und Probleme der Beitrittsverhandlungen zu informieren. In Polen gibt es überdies ein Komitee für europäische Integration als beratende Instanz bei dem Ministerpräsidenten. Dieses Komitee umfasst etwa fünfzig Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft. Die Vorsitzenden der wichtigsten Gewerkschafts- und Arbeitgeberorganisationen auf nationaler Ebene sind ebenfalls Mitglieder, stellen darin jedoch nur eine sehr kleine Minderheit dar.

Die Beteiligung der Vertreter der Berufsverbände an der Beitrittspolitik der mittel- und osteuropäischen Länder zur Europäischen Union ist indessen nicht frei von gewissen Problemen. Die derzeitige Praxis auf diesem Gebiet zeigt einige funktionelle Fehler, doch auch ein gewisses politisches Dilemma für die Regierungen. Oft äußern sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeitgeber unzufrieden im Hinblick auf ihre Beteiligung an der Beitrittspolitik, da sie den Eindruck haben, ihre Teilnahme an den Sitzungen der Regierungsausschüsse, die damit beauftragt sind, die politischen Stellungnahmen für die Beitrittsverhandlungen vorzubereiten oder über die Maßnahmen der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes nachzudenken, sei eher symbolisch. Die Informationen, die sie erhalten, sind nicht immer vollständig oder werden „in letzter Minute“ bereitgestellt.

Man muss sich indessen bewusst machen, dass hier ein sehr viel tieferes Problem besteht. Die Idee, die Vertreter der Zivilgesellschaft an der Beitrittspolitik mitwirken zu lassen, ist ganz gewiss vertretbar und wünschenswert. Die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder leugnen dies keineswegs. Um sie jedoch – aus ihrer Sicht – voll verwirklichen zu können, müssen die Organisationen, die vorgeben, die Gesellschaft oder die verschiedenen sozialen Interessen zu vertreten, auch wirklich repräsentativ sein. Und genau da werden die Dinge sehr viel komplizierter, besonders im Falle der Arbeitgeberorganisationen. Von zwei oder drei Ausnahmen abgesehen, sind die Arbeitgeberorganisationen in diesen Ländern wenig repräsentativ. In einigen Fällen ist auch die Repräsentativität der Gewerkschaften problematisch. Gerade aus der schwachen Repräsentativität oder aber der institutionellen und politischen Ungleichheit zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen erklärt sich weitgehend die eher laue Haltung der Regierungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Bezug auf die Beteiligung der Sozialpartner an der Beitrittspolitik.

V.3- Die Bürger der mittel- und osteuropäischen Länder und die Erweiterung der Europäischen Union

Die Problematik der Beteiligung der Zivilgesellschaft am Beitrittsprozess steht auch in Zusammenhang mit der Problematik der Kenntnis und des Interesses der Bürgerinnen und Bürger dieser Länder in Bezug auf die europäische Integration. Wie beurteilen die Bürger die Europäische Union und die Beitrittspolitik ihrer Länder? Welches sind ihre Interessen, ihre Hoffnungen und ihre Befürchtungen hinsichtlich des Beitritts ihrer Länder zur Europäischen Union, und wie kommen diese zum Ausdruck?

Unter Bezugnahme auf viele soziologische Umfragen kann man diese Fragen mit den zwei folgenden Behauptungen beantworten. Erstens ist das Niveau der Informationen über die Zwänge und die Folgen des Beitritts unbefriedigend. Zweitens stützen sich die Zustimmung bzw. die Ablehnung seitens der Bürger der mittel- und osteuropäischen Länder im Hinblick auf den Beitritt ihrer Länder zur Europäischen Union in den meisten Fällen auf (positive oder negative) Emotionen oder stark vereinfachte (positive oder negative) Bilder.

Es ist merkwürdig, dass die Zustimmung der Polen zum Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union fortwährend abnimmt. In den Jahren 1994-96 erreichte sie Rekordziffern von bis zu 80%. Seit 1999 schwankt sie zwischen 45% und 55%. Die Zustimmung der Tschechen zum Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union war nie besonders stark. 1997 betrug sie 35%. Was die Ungarn betrifft, so scheinen sie in dieser Hinsicht eine nahezu konstante und absolut durchschnittliche Position beizubehalten, indem sie sich bereits jahrelang zu mehr oder weniger gleichen Teilen „dafür“ und „dagegen“ aussprechen. Welches auch der politische Wert soziologischer Ergebnisse dieser Art sein mag, wir betrachten sie als interessante Anhaltspunkte, nicht etwa, um den Grad der Zustimmung oder der Ablehnung der europäischen Integration zu beurteilen, sondern vielmehr als intellektuell gültige Bezugspunkte zur Anregung einer Reflexion über den Grad der kulturellen und politischen Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder für paneuropäische Zusammenarbeit und Austausch.

Umfrage in Polen : Ich bin für den Beitritt meines Landes zur Europäischen Union...

	1997	1999
so rasch wie möglich	31%-34%	19%-21%
ohne Eile	51%-54%	59%-61%
ohne Meinung	9%-12%	9%-10%
ich bin gegen den Beitritt	3%-6%	10%-11%

Quelle: Institut OBOP, Warschau, vom 16. bis 18. Oktober 1999

Am Beispiel Polens können wir, betreffend der Kenntnisse über die Europäische Union und die Beitrittsverhandlungen, das Vorhandensein eines merkwürdigen politisch-intellektuellen Dualismus feststellen. Für Europa und die Erweiterung der Europäischen Union interessieren sich einerseits begrenzte Kreise von Spezialisten (Regierungsbeamte, Universitätsprofessoren), die sich in diesem Bereich in einem kanonischen Stil und in einer fast ausschließlich juristischen Sprache ausdrücken. Ihre Worte sind für Nichtfachleute schwer zugänglich. Andererseits werden die Reden der Politiker, aber auch journalistische Analysen über die europäische Integration häufig durch stark vereinfachende, ja irrationale Schemata beherrscht, deren kognitiver Wert minimal oder praktisch gleich null ist. Im ersten Fall handelt es sich um ein mitunter bewundernswertes technisches Wissen, das jedoch die Zusammenhänge und die politischen Dimensionen der europäischen Integration und des Erweiterungsprozesses der Europäischen Union sozusagen „ignoriert“. Im zweiten Fall handelt es sich zumeist um eine blinde oder missbräuchliche Politisierung der europäischen Problematik zu Wahlzwecken oder für interne politische Kämpfe. Das Merkwürdige besteht hier darin, dass die polnischen Bürger dadurch einerseits mit einem technokratischen Wissen und andererseits mit demagogischen Reden konfrontiert werden und letztendlich dazu

verurteilt sind, ihren politischen Führer - was sie immer auf diesem besonderen Gebiet sagen und tun - zu glauben oder nicht zu glauben, ihnen zu vertrauen oder zu misstrauen. Die Meinungsumfragen aus jüngster Zeit beweisen, dass sie ihnen immer weniger glauben und ihnen gegenüber zunehmend misstrauisch sind.

Umfrage in Polen : inwiefern vertrauen Sie den Vertretern Polens und denken Sie, dass sie in den Beitrittsverhandlungen die polnischen nationalen Interessen wahren ?

	1998 (%)	1999 (%)
ich vertraue ihnen voll und ganz	5	4
ich vertraue ihnen eher	46	38
ich vertraue ihnen eher nicht	26	30
ich vertraue ihnen keineswegs	10	11
ohne Meinung	13	16

Quelle: Kompilation unter Zugrundelegung der Ergebnisse der OBOP-Umfrage, Warschau, 16.-18. Oktober 1999

Die Meinungsumfragen enthüllen uns indessen noch eine weitere Merkwürdigkeit. Am Beispiel Polens können wir auch feststellen, dass die europäische Integration und der Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union unter den Führungskräften aus Wirtschaft und Administration sowie unter den Arbeitern und den Arbeitslosen eine ganz besonders starke Zustimmung finden. Diese beiden so unterschiedlichen sozialen Kategorien sehen in einem Beitritt Polens zur Europäischen Union besondere Chancen und Perspektiven für die Verwirklichung ihrer jeweiligen Aspirationen und Interessen. Dagegen erweist sich die Mehrheit der kleinen Kaufleute und der Landwirte als skeptisch, ja sogar feindseitig gegenüber dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Die kleinen Unternehmer und die Handwerker zeigen diesbezüglich ambivalente und ängstliche Haltungen (43).

SCHLUSS

Anhand der von uns hier durchgeführten, aber nicht erschöpfenden Analyse der verschiedenen sozioökonomischen, institutionellen und politischen Merkmale der Bewerberländer erscheint die Osterweiterung der Europäischen Union tatsächlich wie ein spezifischer historischer Prozess. Während sich gewisse Besonderheiten auf konjunkturelle Gegebenheiten zurückführen lassen, sind andere eher struktureller Art, doch alle sind eng miteinander verknüpft. In gleicher Weise erscheint die Aufteilung zwischen den subjektiven und objektiven Faktoren, welche die Entwicklung der Bewerberländer bestimmen, schwer durchführbar. Diese Feststellung wirft sofort zwei Fragen auf: Tragen die Europäische Union auf der einen Seite und die mittel- und osteuropäischen Länder auf der anderen Seite dieser Besonderheit bei den laufenden Verhandlungen Rechnung? Geben sie sich so die Mittel, diese ehrgeizige Erweiterung – d.h. für die Union, neue Mitglieder aufzunehmen bei gleichzeitigem Fortschreiten in ihrer Integration – zum Erfolg zu führen? Die – sehr politische – Beantwortung dieser Fragen ist nicht unser Anliegen hier. Diese Aufgabe obliegt denjenigen, die heute den Erweiterungsprozess gestalten, nämlich den europäischen Institutionen, sowie den Regierungen der Mitgliedstaaten und der Bewerberländer.

Allerdings zeigt die im Vorausgehenden durchgeführte Analyse auch Risiken eines Prozesses auf, der durch den Mangel an konstruktivem Dialog zwischen der Europäischen Union und den Beitrittsländern außerhalb der Beitrittsverhandlungen, und durch das Fehlen eines geeigneten Ortes für die Erarbeitung einer gemeinsamen Vision der künftigen erweiterten Union gekennzeichnet ist. Denn um die Erweiterung zum Erfolg zu führen, genügt es nicht, gut zu verhandeln oder in professioneller Weise zu verhandeln. Man muss auch eine geeignete Kultur der Diskussion und einen angemessenen Stil politischer Kooperation entwickeln. Man muss lernen, Probleme zu debattieren und gemeinsam Lösungen zu suchen. Die mittel- und osteuropäischen Länder sollten ermutigt werden, ihre Ambitionen, ihre Interessen, ihre Befürchtungen und ihre Sensibilitäten in bezug auf die Erweiterung der Europäischen Union zu artikulieren. Nun existiert jedoch heute weder eine institutionelle Form, die diesem Bedürfnis und dieser Notwendigkeit gerecht werden könnte, noch ein Ort, an dem ein solcher intellektueller und politischer Austausch stattfinden könnte. Deshalb erscheint es uns vordringlich, die Formel der europäischen Konferenz zu revidieren, um daraus ein Forum wirklicher intergouvernementaler Debatten über Europa und die Erweiterung der Europäischen Union zu machen. Indem er den Interessenbereich dieser Konferenz ausdrücklich auf Fragen bezüglich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und auf die Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz begrenzte, hat der im Dezember 1997 in Luxemburg zusammengetretene Europäische Rat diese lediglich zu einem formellen Sitzungsgremium ohne wirkliche politische Ambitionen gemacht.

Man könnte sich leicht an dem Vorschlag inspirieren, den Jacques Delors 1992 drei mittel- und osteuropäischen Ländern unterbreitet hatte. Damals hatte ihnen der Präsident der Europäischen Kommission vorgeschlagen, eine Struktur der politischen Zusammenarbeit zu schaffen, die alle europäischen Staaten umfassen würde und die eine vorläufige Form der schrittweisen Integration dieser Länder in die Europäische Union bilden würde. Es würde sich darum handeln, halbjährliche Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs aller europäischen Staaten und vierteljährliche Zusammenkünfte der Außenminister zu

veranstalten, in deren Verlauf sie aktuelle Fragen und insbesondere die Methode der Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union diskutieren könnten.

Angesichts der näher rückenden Fristen und Termine gilt es nun, Zynismus und Romantik beiseite zu lassen und die Erweiterung mit der gebotenen Klarsicht und mit Ehrgeiz anzugehen. Die Anerkennung der Besonderheit der künftigen Erweiterung stellt einen ersten Schritt in Richtung auf diesen neuen Ansatz dar. Sich mit den Mitteln ausstatten, die am besten geeignet sind, die Union um eine neue Vielfalt zu bereichern, ohne ihre Homogenität zu gefährden, stellt eine zweite Etappe dar, die einzuleiten es nun höchste Zeit ist.

ANMERKUNGEN

1. Wiedergegeben durch *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (15.05.2000) und *Financial Times Deutschland* (3.04.2000)
2. J. Kulakowski, L'élargissement de l'Union européenne aux pays de l'Europe centrale : un point de vue de l'autre Europe, in : CFDT (Hrsg.), *Une nouvelle Europe*, Paris, Éditions de la Découverte, 1998, S. 241
3. ebd., S. 245
4. ebd., S. 250-251
5. Interview mit V. Havel, *Le Monde* (19.11.1998)
6. A. Kwasniewski, Réunir l'Europe, in : *Politique étrangère* 4/1999, Paris, S. 850
7. D. Stark, Recombinant Property in East European Capitalism, in: *American Journal of Sociology*, 101/1996, S. 993-1027 ; D. Stark, L. Bruszt, *Post-Socialist Pathways*, Cambridge University Press, 1998 ; J.Elster, C. Offe, U.Preusser, *Institutional Design in Post-Communist Societies*, Cambridge University Press, 1998, S. 196-199
8. F. Bafoil, Les dynamiques des changements sociaux : emploi, chômage et travail au noir, in : CFDT (Hrsg.), *Une nouvelle Europe centrale...*, op. cit. S. 139; F. Draus, *Les organisations patronales dans les pays de l'Europe centrale et orientale* (Pologne, République tchèque, Hongrie), Brüssel, Institut syndical européen – Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, 2000
9. F. Bafoil, Les dynamiques des changements..., in : CFDT (Hrsg.), *Une nouvelle Europe...*, op. cit., S. 140
10. Wirtschafts- und Sozialausschuss (Dokument REX/040), *Die Beschäftigung und die soziale Situation in den mittel- und osteuropäischen Ländern* (Entwurf des Belabed-Berichts), September 2000
11. F. Bafoil, Les dynamiques des changements..., in : CFDT (Hrsg.), *Une nouvelle Europe...*, op. cit., S. 127
12. Interview mit S. Golinowska, *Gazeta Wyborcza* (8-9.07.2000), in polnischer Sprache
13. *Uniting Europe* 97 (1.05.2000)
14. Die in diesem Kapitel enthaltenen Anmerkungen betreffen ausschließlich Polen, die Tschechische Republik und Ungarn

15. C. Offe, Die politisch-kulturelle Innenseite der Konsolidierung Eine Anmerkung über die Besonderheiten der postkommunistischen Transformation, in : H.-J.Wagener, H. Fritz (Hrsg.) Im Osten was Neues, Bonn, Verlag J.H.W.Dietz, 1998, S. 100-113
16. R. Aron, Démocratie et totalitarisme, Paris, Gallimard, 1965
17. J. Baechler, La grande parenthèse (1914-1991), Paris, Calmann-Lévy, 1993
18. J. Elster, C. Offe, U. Preusser, Institutional Design..., op. cit., S. 80, S. 108
19. F. Draus, Die institutionelle Ordnung in den postkommunistischen mittel- und osteuropäischen Ländern (Polen, Tschechische Republik, Ungarn), Przemysl, 1997, S. 62-67, in polnischer Sprache; F. Draus, Über die neue Verfassung, *Nowe panstwo* (23.05.1997), in polnischer Sprache
20. J. Szacki, Der Liberalismus nach dem Kommunismus, Cracovie, Znak, 1994, in polnischer Sprache
21. D. Segert, Parteien und Parteiensysteme in der Konsolidierung der Demokratie Osteuropas, in: W. Merkel, E. Sandschneider (Hrsg.), Systemwechsel 3 – Parteien im Transformationsprozess, Opladen, Leske-Budrich, S. 57-99; J. Elster, C. Offe, U. Preusser, Institutional Design..., op. cit., S. 132-147
22. K. v. Beyme, Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: W. Merkel, E. Sandschneider (Hrsg.), Systemwechsel 3..., op. cit., S. 51
23. R. Rose, W. Mishler, C. Haerpfer, Democracy and Its Alternatives, Baltimore, The John Hopkins University Press, 1998, S. 154-155
24. F. Draus, Les organisations patronales..., op. cit.; F. Draus, Employers' Organisations and Social Partnership in Central and Eastern European Countries, in: E. Gabaglio, R. Hoffmann (Hrsg.), European Trade Union Yearbook 1999, Brüssel, Institut syndical européen, 2000, S. 385-396; F. Draus, Le dialogue social en Pologne, République tchèque, Slovaquie, Hongrie et Slovénie, erscheint im Frühjahr 2001
25. F. Draus, Les organisations patronales..., op. cit.; F. Draus, Le dialogue social..., op. cit.
26. P. Kopecky, E. Barnfield, Charting the decline of civil society, in: J. Grugel (Hrsg.), Democracy without Borders, London, Routledge, 1999, S. 83
27. K. Larischova, Mythos oder Misere? Das tschechische Modell der Transformation, in: Internationale Politik 6/1998, Bonn, S. 14
28. Rede von J. Buzek am 16.02.2000 vor dem Sejm (Unterhaus des polnischen Parlaments)
29. J. Kucharczyk, Die europäische Integration in den polnischen politischen Reden, in: L. Kolarska-Bobinska (Hrsg.), Die polnische Debatte über Europa, Warschau, Institut für öffentliche Angelegenheiten, 1999, S. 315, in polnischer Sprache

30. Erklärung der Gewerkschaft „Solidarnosc“ vom 31.05.2000, in polnischer Sprache
31. Interview mit B. Geremek, *Rzeczpospolita* (26.07.2000), in polnischer Sprache
32. A. Michnik, Editorial, *Gazeta Wyborcza* (13-14.05.2000), in polnischer Sprache
33. J. Kulakowski, L'élargissement de l'Union européenne..., in: CFDT (Hrsg.), *Une nouvelle Europe...*, op. cit. S. 244
34. Worte des polnischen Verhandlungsbevollmächtigten J. Kulakowski, *Financial Times* (28.10.1999)
35. J. Bielecki, Europa für die Auserwählten, *Rzeczpospolita* (15.05.2000), in polnischer Sprache
36. *Uniting Europe* 106, 3.07.2000
37. *Uniting Europe* 106, 3.07.2000
38. Interview mit V. Havel, *Le Monde* (19.11. 1998); Rede von V. Havel vor dem Europäischen Parlament, 16.02.2000
39. Wiedergegeben durch *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (18.09.2000)
40. Wiedergegeben durch *Financial Times* (21.03.2000)
41. B. Zagrodzka, Im Warten darauf, dass uns die Europäische Union vom Himmel fällt, *Gazeta Wyborcza* (19.02.2000), in polnischer Sprache
42. Diese Bemerkungen stützen sich auf die Informationen, die wir seitens hochrangiger Gewerkschafts- und Arbeitgebervertreter in Ungarn und Polen (im Rahmen unserer Forschungen über den sozialen Dialog in den mittel- und osteuropäischen Ländern) erhalten haben
43. L. Kolarska-Bobinska, J. Kucharczyk, Die Meinungen der Polen über die Verhandlungen mit der Europäischen Union, in: L. Kolarska-Bobinska (Hrsg.), *Die polnische Debatte...*, op. cit., S. 11-24